

Arnold Picot
Max Senges

Herausgeber

Internet-Innovationen

zwischen Freiheit, Kontrolle und Verantwortung



Münchner Kreis

Übernationale Vereinigung für Kommunikationsforschung e.V.
Supranational Association for Communications Research

Das Buch enthält die Referate und Diskussionen des
Berliner Gesprächs „Internet-Innovationen zwischen Freiheit, Kontrolle und Verantwortung“
des MÜNCHNER KREIS am 07. April 2011

Die vorliegende Produktion ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten. Die
Verwendung der Texte, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Zustimmung des Münchner
Kreises urheberrechtswidrig und daher strafbar. Dies gilt insbesondere für die
Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.

Vorwort

Ein stark wachsender Teil der Innovationen basiert auf dem Internet. Neue Produkte und Dienstleistungen entstehen, vorhandene werden verändert, und verändern wiederum die Gesellschaft nachhaltig. Diese Transformationen sind einerseits Motoren wirtschaftlichen Wachstums und eine Erweiterung der Möglichkeiten und Freiheiten jedes Einzelnen. Andererseits verändern diese Innovationen die individuellen Lebenswelten, Geschäftspraktiken und Marktstrukturen so fundamental, dass der Ruf nach vernünftigen und nachvollziehbaren Rahmenbedingungen (Transparenz, offene Standards, Schnittstellen, Selbstkontrolle, Co-Regulierung, Gesetze) immer lauter wird, um den gesellschaftlichen Nutzen und die Handhabbarkeit der innovativen Anwendungen zu gewährleisten.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass hier Handlungsbedarf besteht, nicht zuletzt auch im politischen Raum, um sowohl die hohen Sicherheitsstandards als auch die Innovationskraft in Deutschland zu gewährleisten. Beispiele sind Diskussionen zur Verwendung von Geodaten für ortsbasierte Dienste, zum Datenaufkommen im künftigen Smart Grid, zu Jugendschutz, und zum Datenschutz in Sozialen Netzwerken.

Beim Berliner Gespräch wurden mit hochrangigen Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft, aus dem privaten und öffentlichen Sektor die vielfältigen Aspekte der Internet-Innovationen beleuchtet und in einem Multi-Stake-Holder-Dialog Handlungsoptionen diskutiert. Der vorliegende Band enthält die Niederschriften der Referate und Diskussionsbeiträge.

Unser Dank gilt den Referenten und Teilnehmern sowie den Förderern, deren finanzielle Unterstützung die Durchführung der Veranstaltung ermöglicht hat.

Arnold Picot

Max Senges

Inhalt

1	Begrüßung und Einführung	5
	Prof. Dr. Arnold Picot, Ludwig-Maximilians Universität München	
2	Keynote	7
	Staatssekretär Hans-Joachim Otto, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin	
3	Multi-Stakeholder Verfahren in der Internet Governance: Eine Zwischenbilanz	10
	Dr. Jeanette Hofmann, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung	
4	Internationale Erfahrungen des Internet Governance Forums	14
	Markus Kummer, Internet Society (ISOC), Genf	
5	Innovation im Internet: Fallbeispiele	
	Moderation: Prof. Dr. Helmut Krcmar, TU München	
	○ Dr. Max Senges, Google Germany GmbH, Berlin	18
	○ Johannes Martens, Motorola Mobility, San Francisco	21
	○ Dr. Clemens Riedl, VZnet Netzwerke Ltd., Berlin	24
	○ Henrik Tesch, Microsoft Deutschland GmbH, Berlin	29
	○ Dr. Orestis Terzidis, SAP Research, Karlsruhe	31
	○ Dirk Wittkopp, IBM Deutschland R&D, Böblingen	35
6	Diskussion	
	Innovationsrahmen für das Internet: Was ist zu tun?	40
	Moderation: Dr. Max Senges, Google, Berlin, Prof. Arnold Picot, LMU München	
7	Zusammenfassung	48
	Prof. Dr. Arnold Picot, Ludwig-Maximilians Universität München	

Anhang

Liste der Referenten und Moderatoren

1 Begrüßung und Einführung

Prof. Dr. Arnold Picot, Ludwig-Maximilians-Universität München

Am heutigen Abend steht eine Reihe aktueller und wichtiger Fragen zur Diskussion, die für die zukünftige Entwicklung im Bereich von Wirtschaft, Gesellschaft, Information, Kommunikation und Medien von nicht unerheblicher Bedeutung sind.

Ich freue mich, dass wir deswegen wieder zu einem Berliner Gespräch des Münchner Kreises zusammenkommen. Sie wissen, dass sich der Münchner Kreis darum bemüht, an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik Themen aufzugreifen, die der zukünftigen Entwicklung von Informations-, Kommunikations- und Medientechniken - Anwendungen wie Gesamtsystemen - in einem durchaus kritisch konstruktiven Sinne dienen, d.h. man möchte möglichst frühzeitig Chancen ebenso wie Probleme, Konflikte oder Fragen identifizieren und diese dann konstruktiv weiterentwickeln, so dass insgesamt die Entwicklung dieser, unserer Gesellschaft immer mehr prägenden Technologien und Potentiale gedeihlich vorstattengehen kann. Dazu hat der Münchner Kreis verschiedene Formate. Er veranstaltet Konferenzen, Kongresse und Fachgespräche. Er initiiert auch Studien und versucht über diese Studien Problembewusstsein zu entwickeln und Lösungskonzepte anzuregen. Zum Beispiel haben wir in den letzten Jahren eine so genannte Zukunftsstudie im Rahmen eines Konsortiums von Partnern entwickelt, die in verschiedenen Stufen verläuft und beim IT Gipfel der Bundesregierung jeweils vorgestellt und auch in diesem Jahr noch weiter vertieft wird. Und der Münchner Kreis veranstaltet darüber hinaus auch Berliner Gespräche.

Wir freuen uns, dass vom Bundestag verschiedene Mitglieder und Vertreter von Mitgliedern heute Abend hier sind und dass aus Ministerien und Verbänden verschiedene Fachleute zugegen sind. Wir haben also ein interessiertes Fachpublikum, mit dem wir diskutieren und dem daraus hoffentlich für die Wahrnehmung der jeweiligen Verantwortung auch eine Hilfestellung erwächst. Das Thema lautet, wie Sie wissen: Internet-Innovation zwischen Freiheit, Kontrolle und Verantwortung.

Meine Damen und Herren, es ist hier schon fast common sense zu sagen, dass das Internet in seiner noch jungen, aber doch bereits alt erscheinenden Entwicklung eine Art Innovationsmaschine war, ist und wahrscheinlich noch einige Zeit sein wird. Wer das jüngste Gutachten der Expertenkommission „Forschung und Innovation“ der Bundesregierung in der Hand gehabt hat, das im Februar 2011 erschienen ist, wird darin auch ein Kapitel zu dem Thema finden, wie Innovation mithilfe des Internet lebendig gehalten und für unser Land noch fruchtbarer gemacht werden kann. Übergreifend wird demnach die hohe Bedeutung des Internet für die innovative Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft immer deutlicher erkannt. Wir wollen uns heute Abend mit Innovation und Internet intensiver befassen.

Im Wesentlichen sind zwei Bedingungen erforderlich, damit das Internet als Innovationsmaschine wirken kann. Einerseits muss das Internet als Plattform zugänglich sein. Es muss offen sein. Es muss die Möglichkeit geben, dass kreative Menschen auf dem Internet und mithilfe des Internets ihre Ideen entwickeln, zur Diskussion stellen und ausprobieren. Weshalb ist dieser Aspekt gerade für das Internet so wichtig? Das Internet als Plattform und Infrastruktur bietet vielen Menschen die Möglichkeit, zu relativ geringen Kosten, mit geringeren Eintrittsstellen innovative Ideen auszuprobieren und damit einen innovativen Humus zu schaffen, aus dem dann die eine oder andere interessante Pflanze emporschießen kann. Zugänglichkeit und Freiheit des Internets werden gegenwärtig international unter

verschiedenen Schlagworten behandelt – Open Access, Offenheit des Internet, Netzneutralität. Diese Stichworte sind heute nicht unser primäres Thema, obwohl sie mit unseren Gegenständen selbstverständlich in Verbindung stehen.

Die zweite Voraussetzung dafür, dass das Internet seine innovativen Funktionen erfüllen kann, ist, dass geeignete Rahmenbedingungen für diejenigen existieren, die auf dem Internet experimentieren und neue Dinge in die Welt setzen. Es muss also die Möglichkeit bestehen, die neuen Initiativen auch tatsächlich angemessen auszuprobieren, Erfahrungen zu sammeln, zu bewerten und zur Entfaltung oder auch wieder zum Rückzug zu bringen. Solche innovativen Anstöße können sich beziehen auf Infrastruktur, auf Dienste, auf das Internet der Dinge, das Internet der Energie, das Internet der Anwendungen für die tägliche Arbeits- und Lebensweise der Menschen und die Arbeitsweise von Unternehmen. Wie können solche Innovationen innerhalb des bereits bestehenden institutionellen Rahmens ihren Weg finden und angemessen beurteilt werden? Es geht also darum, eine Balance zwischen den bereits bestehenden Strukturen der Institutionen, in denen wir uns bewegen, und dem Entdecken, dem Erfahren, dem Bewerten und dem Verbreiten von Neuem, Ungewohntem, aber auch sehr häufig sehr Nützlichem, zu finden. Die tradierten Institutionen sind nicht immer ideal geeignet für das Entfalten von solchen Neuerungen. Manchmal sind sie gestalt- und anpassbar. Manchmal muss man auch lernen, dass sie nicht oder noch nicht veränderbar sind. Internetinnovationen basieren ja im Wesentlichen auf irgendwelchen Formen der Erfassung und Verarbeitung von Daten, von Informationen, auf der Vernetzung von Dingen und Menschen und Datenbeständen. Deswegen sind all die Institutionen im Rahmen von Innovationen insbesondere angesprochen, die sich mit Daten und Informationen befassen, also Fragen der Sicherheit, Fragen des Schutzes von Daten, aber auch Fragen des Zugangs zu Informationen, Fragen der Meinungsfreiheit, Aspekte der Intellectual Property Rights u. ä. Es bedarf eines Dialogs zwischen dem Neuen und dem so genannten Alten oder dem Bisherigen und dem, was dazukommt. Welche Art von Governance bildet für diese Innovationen günstige Voraussetzungen, so dass ihre Vorteile für Wirtschaft und Gesellschaft erkannt und entfaltet werden können? In dem Sinne möchten wir heute Abend mit Ihnen diskutieren und einige Denkanstöße geben. Das Programm dazu liegt Ihnen vor. Die Initiative und Anregung zu dem Themenkreis und zur Gestaltung des heutigen Abends kam neben anderen maßgeblich von Herrn Dr. Senges (Google) persönlich und wir sind ihm sehr dankbar, dass wir zusammen mit einem Programmausschuss ein hoffentlich gutes Programm gestalten konnten.

Allen, die heute Abend mitwirken, möchte ich im Vorhinein ganz herzlich danken und jetzt zu unserer Keynote übergehen, zu der ich Herrn Staatssekretär Hans-Joachim Otto vom Bundeswirtschaftsministerium ganz herzlich begrüße. Ich glaube, ich muss Herrn Otto nicht sehr ausführlich vorstellen. Er ist ein langjähriger Begleiter unseres Themenfeldes. Er ist seit 1992, seit fast 20 Jahren, Vorsitzender der FDP Kommission für Internet und Medien. Er hat ganz früh die Bedeutung des Internets erkannt und das auch in die politische Arbeit mit eingebracht. Er war von 2005 bis 2009 Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages, wo auch die Internetthemen behandelt werden. Er ist seit 2009, wie Sie alle wissen, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und seit gut einem Jahr Koordinator der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft. Die maritime Wirtschaft, meine Damen und Herren, hat sehr viel mit dem Internet zu tun. Wenn Sie sich eine Karte anschauen über die weltweiten Kabel, die das Internet heutzutage weltweit ermöglichen, sind das zu 95 % Seekabel. Ich hoffe, dass Sie Ihre maritime Verantwortung so wahrnehmen, Herr Otto, dass dieser Teil der Funktionsfähigkeit des Internet immer gut erhalten bleibt. Damit möchte ich zu Ihrer Keynote überleiten und Sie ans Podium bitten.

2 Keynote

Staatssekretär Hans-Joachim Otto, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Sehr geehrter Herr Professor Picot,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir erleben es jeden Tag: Neue Technologien, neue Dienstangebote, neue Produkte in immer kürzeren Abständen. Dies Internet durchdringt alle Lebensbereiche immer mehr und verändert unsere Gesellschaft. Auch zentrale Branchen der deutschen Wirtschaft - wie etwa Automobil, Maschinenbau und Energie - werden durch diese dynamische Entwicklung zunehmend geprägt. Und dieser Trend wird sich noch fortsetzen. Informations- und Kommunikationstechnologien werden immer mehr zum Wachstumsbeschleuniger und Innovationstreiber. So geht heute schon die Hälfte der Produktivitätssteigerungen in Europa auf das Konto der IKT. Dieses Innovationspotential will die Bundesregierung bewahren und befördern. Dazu brauchen wir vor allem leistungsfähige, sichere und neutrale Netze.

Denn leistungsfähige Kommunikationsnetze sind Voraussetzung für eine wettbewerbsfähige Informationsgesellschaft. Die Verbreitung neuer Dienste und damit von innovativen Angeboten hängt entscheidend von der verfügbaren Infrastruktur ab. Deutschland liegt bei der Breitbandnutzung EU-weit in der Spitzengruppe und verzeichnet nach wie vor hohe Wachstumsraten. Ende 2010 hatten rund 98,5 Prozent der Haushalte die Möglichkeit, Bandbreiten von mindestens 1 Megabit pro Sekunde zu nutzen. Wir streben in naher Zukunft eine flächendeckende Verfügbarkeit von Hochleistungsnetzen mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde an. Der beste Motor bei diesem Infrastrukturausbau ist ein intensiver Wettbewerb.

Meine Damen und Herren, Sichere Netze, sichere Kommunikation und sichere Transaktionen – das sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass wir die Chancen der neuen Technologien voll ausschöpfen und durch innovative Ansätze weiter entwickeln können. Es gilt, die Sicherheit der Netzinfrastruktur zu gewährleisten. Dabei ist klar: Sicherheit um jeden Preis kann es nicht geben. Es sind vielmehr die grundlegenden Freiheitsrechte zu bewahren. Auch die Unternehmen selbst müssen mehr tun, um ihre Systeme abzusichern. Wenn der Computer wegen eines Virus abstürzt, wichtige Dokumente verschwinden und einfach nichts mehr geht, - dann ist dies nicht nur ärgerlich. Es kostet in ruinöser Weise Zeit und Geld.

Deshalb hat der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Rainer Brüderle vor gut einer Woche - am 29. März im BMWi eine neue Initiative für IT-Sicherheit in der Wirtschaft gestartet. Sie zielt darauf, das Bewusstsein für Gefahren bei der Nutzung von IT zu schärfen, verbunden mit konkreter Hilfe für den sichereren Einsatz von IT-Systemen in Unternehmen.

Meine Damen und Herren, innovative Entwicklungen werden stets gerade von kleinen und mittleren Unternehmen getrieben. Das ist nur ein Grund dafür, warum wir uns für die viel beschworene und ebenso viel diskutierte Netzneutralität einsetzen. Es darf keine inhaltlichen Diskriminierungen geben. Und kleine Player dürfen von "den Großen" auch nicht auf die „Kriechspur“ verbannt werden. Es muss auch künftig die Möglichkeit gegeben sein, innovative Anwendungen ohne große Investitionen zu schaffen und schnell und kostengünstig zu vermarkten. Differenzierung darf nur dort erfolgen, wo Dienste besondere

...

Anforderungen an das Netz stellen. Gerade hier gilt es noch Innovation zu fördern. Auch wenn allseits bereits an der neuen breitbandigen Zukunft gearbeitet wird, befinden sich die erwarteten neuen Anwendungen durchweg noch im Entwicklungsstadium.

In der aktuellen Novelle des Telekommunikationsgesetzes wollen wir im Hinblick auf die Netzneutralität den Grundsatz der Diskriminierungsfreiheit mit neuen Instrumenten für mehr Transparenz und Mindeststandards stärken. Ich bin überzeugt, dass unter diesen Rahmenbedingungen ein funktionierender Infrastruktur-Wettbewerb heute wie auch künftig die Voraussetzung für den Erfolg des Internet darstellt. Und der Wettbewerb ist auch der Garant für Netzneutralität.

Denn stellen Sie sich mal die Entwicklung des Aktienkurses eines Service-Providers vor, der den Zugriff auf Facebook verhindert, um ein eigenes Soziales Netzwerk an den Start zu bringen. Oder umgekehrt: einen Provider, der zur Stärkung von Facebook den Zugriff zu anderen - vielleicht kleineren - Netzwerken blockiert.

Meine Damen und Herren, das Internet birgt nicht nur enormes Innovationspotential. Aus dem Netz erwachsen auch Gefahren: Hacker, Cyberpiraten, Betrüger, die die technischen Möglichkeiten des Internet missbrauchen. Weltweite Vernetzung und globaler Datenfluss werfen zudem die Frage auf, in wie weit nationale Rechtssysteme noch Antworten auf globale Entwicklungen geben können. Internetpolitik muss all diese Aspekte bedenken: es gilt, das Internet als Raum für Freiheit und Innovation zu bewahren. Es müssen aber auch Antworten auf die weniger schönen Seiten des Netzes zu finden.

Dabei stellen sich immer wieder aufs Neue folgende Fragen:

- Wie viel Freiheit ist möglich?
- Wann ist Kontrolle und damit Regulierung erforderlich?
- Und wann kann sich der Staat zurücknehmen und auf die Eigenverantwortung der Nutzer oder eine Verantwortungsübernahme durch die Wirtschaft bauen?
- Wie bringen wir also Freiheit, Kontrolle und Verantwortung im Internet in die richtige Balance?

Dabei ist klar: wir brauchen alle drei: Wir brauchen Freiheit – um Neues entstehen zu lassen. Nur wenn genügend Raum zur Entfaltung besteht, wächst Kreativität und entwickeln sich innovative Ideen. Und nur dann können diese in Geschäftsmodelle umgesetzt werden. Wir brauchen Kontrolle – um Rechtsgüter zu schützen, um deutlich zu machen, dass Recht auch im Internet gilt. Staatliche Kontrolle setzt Regulierung voraus. Sie definiert die Grenzen des Zulässigen und schafft so Rechtssicherheit und Vertrauen. Und manchmal braucht auch Innovation Regulierung, etwa um abzusichern - die Stichworte "Wettbewerb" und "Regulierung" illustrieren das. Und wir brauchen verantwortungsvolles Handeln. Hier sind Anbieter wie auch Nutzer gefragt. Je verantwortungsvoller sie agieren, umso weniger Regulierung und Kontrolle ist erforderlich, umso mehr Raum für Freiheit entsteht. Verantwortung sehe ich auch bei Diensteanbietern; etwa bei der Ausgestaltung ihrer Geschäftsmodelle, insbesondere in Hinblick auf die Achtung von Nutzerrechten. Verantwortung übernehmen kann auch bedeuten, sich im Rahmen einer Selbstregulierungsinitiative einzubringen. Diese können gerade in der schnelllebigen und globalen Internetwelt ein effizientes und flexibles Instrument darstellen.

Meine Damen und Herren, Datenschutz spielt bei so gut wie allen technologischen Entwicklungen im Internet eine maßgebliche Rolle. Er ist zentral, um langfristig das Vertrauen der Nutzer in innovative Angebote und auch gesellschaftliche Akzeptanz

aufzubauen. Gerade beim Datenschutz wird das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit, Kontrolle und Verantwortung deutlich.

Stichwort: Geodaten

Im letzten Jahr kochte in Deutschland die Diskussion um das Angebot von Google-Street-View hoch. Über die Auswirkungen auf den Datenschutz wurde emotional debattiert. Die betroffenen Anbieter haben nunmehr eine Selbstverpflichtung vorgelegt, die darauf zielt, die Persönlichkeitsrechte bei Geodatendiensten zu wahren. Ein – wie ich meine – überzeugender Ansatz. Es kann nicht sein, dass wir bei jedem neuen Dienst den Gesetzgeber bemühen. Deshalb ist es richtig, wenn die Wirtschaft ihre eigene Verantwortung und auch den öffentlichen Wunsch erkennt, und Verhaltenskodizes entwickelt, die das Nutzervertrauen stärken. Wichtig ist dabei: Auch kleine und mittlere Unternehmen müssen die Anforderungen erfüllen können.

Stichwort: Soziale Netzwerke

Der Boom der sozialen Netzwerke bringt eine andere, eine neue Qualität. Facebook läuft zurzeit allen anderen sozialen Netzwerken den Rang ab – und das trotz fortbestehender Kritik der Datenschützer. Wenn hier Regelungsbedarf besteht, dann brauchen wir mindestens ein gemeinsames europäisches Vorgehen. Denn wir können Anbieter in anderen Mitgliedstaaten der EU nicht durch deutsches Datenschutzrecht verpflichten (*Anmerkung: Facebook ist in Irland niedergelassen*). Wir werden uns daher in die vor uns liegende europäische Datenschutz-Diskussion aktiv einbringen.

Stichwort: Cookies

Über so genannte „Cookies“ holen sich Diensteanbieter Informationen vom Rechner des Nutzers. Cookies sind nützliche Helfer bei der Online-Werbung, etwa um diese zielgerichtet anzuwenden. Wichtig ist, dass die Vorgänge für Nutzer transparent sind und sie Einfluss nehmen können. Das europäische Recht schreibt das vor, wobei die Kommission für eine Selbstregulierung durch die Wirtschaft plädiert. Ich finde es gut, dass die Werbewirtschaft sich auf der europäischen Ebene dazu zusammengetan hat. Das könnte ein gutes Beispiel für die Verantwortungsübernahme der Wirtschaft für mehr Verbraucher- und Datenschutz sein.

Stichwort: Smartphones

Die Möglichkeiten, die Smartphones heute bieten, sind außerordentlich attraktiv. Zugleich entstehen auch hier neue Herausforderungen an den Datenschutz. Nehmen wir zum Beispiel den Umgang mit Lokalisierungsdaten. Diese können von Smartphones über eine GPS-Anwendung erfasst und vom Smartphone-Anbieter für Geschäftszwecke verwendet werden. Datenschützer machen sich darum Sorgen – wegen der Möglichkeit zur Erstellung von Bewegungsprofilen. Die Kunden stört das kaum, wie der Markterfolg zeigt. Solche Entwicklungen sind – mit Blick auf Freiheit, Kontrolle und Verantwortung – sicherlich eine Tendenz, die wir im Auge behalten müssen.

Meine Damen und Herren, das Thema Datenschutz zeigt, dass wir selbst-regulierte Kooperationsmodelle der Wirtschaft brauchen, die national, in Europa und international wirken und das Vertrauen der Nutzer in das Internet stärken. Zugleich ist Selbstregulierung aber auch nicht der alleinige Heilsbringer. Manchmal muss der Staat die Gespräche der Wirtschaftsbeteiligten moderieren und Kooperationsmodelle gesetzgeberisch flankieren. In diesem Sinne möchte ich schließen und wünsche ich dem Münchner Kreis für sein heutiges Berliner Gespräch eine anregende und fruchtbare Diskussion.

3 Multi-Stakeholder Verfahren in der Internet Governance: eine Zwischenbilanz

Dr. Jeanette Hofmann, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

Die Innovation, mit der ich mich befasse, ist so etwas wie eine Prozessinnovation, nämlich Multi-Stakeholder Verfahren. Zunächst zur Frage, was eigentlich an der Kooperation zwischen Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft neu ist. Seit der Begriff in Umlauf gekommen ist, meint man diese Art der Kooperation nahezu überall zu sehen. Enquete Kommissionen, Rundfunkräte, entsprechen diesem Prinzip. Viele Vereine, wie beispielsweise der TÜV sind danach zusammengesetzt. Was ist daran eigentlich neu? Aus meiner Sicht ist das Innovative an Multi-Stakeholder Prozessen eigentlich nur zu verstehen, wenn man sich den Kontext anguckt, in dem dieser Begriff aufgekommen ist. Ich habe vorhin den Ngram Viewer von Google bemüht, um zu gucken, seit wann von Multi-Stakeholder Prozessen gesprochen wird. Laut Ngram Viewer taucht der Begriff in der Literatur Anfang der 1990er Jahre auf. Vorher ist er faktisch nicht existent. Obwohl es diese Art der Kooperation also schon lange gibt, taucht der Begriff erst in den 90er Jahren auf und zeigt deutliche Parallelen zu Begriffen wie Globalisierung oder globaler Demokratie. Ich glaube, dass man ihn in diesem Kontext auch verorten muss.

Dazu ein paar Stichworte. Ein Begleiteffekt von Globalisierungsprozessen ist, dass sich mehr und mehr öffentliche aber auch privatwirtschaftliche Regelungsbereiche grenzüberschreitend entwickeln und folglich mit den traditionellen Bordmitteln demokratischer Verfasstheit nicht mehr richtig zu bewältigen sind. Die Entwicklung der internationalen Organisationen hat damit nicht Schritt gehalten. Internationale Organisationen besitzen weder die Kapazität noch die Kompetenz, um Regeln für alle weltgesellschaftlichen Teilbereiche aushandeln und umsetzen zu können. In der Folge sind vor allem seit den 1990er Jahren eine Vielzahl von neuen Organisationen und Koordinationsformen entstanden, die alle das Ziel teilen, eine gewisse Erwartungssicherheit für das Handeln im internationalen Bereich herzustellen. Ein Beispiel, das ich Ihnen nennen möchte und das Ihnen vermutlich allen vertraut ist, ist technische Standardsetzung. Noch in den 80er Jahren galt technische Standardsetzung als eine mehr oder minder nationale Angelegenheit und wenn sie international war, fand sie in intergovernmentalen Institutionen wie der ITU für den Telekommunikationsbereich statt. Das hat sich vollkommen verändert. Gerade was das Internet angeht, haben wir es mit einer Vielzahl von Standardsetzungsorganisationen und Plattformen zu tun, die zum Teil kooperieren, aber zum Teil auch konkurrieren. Gleichzeitig sind internationale Organisationen durch diese Entwicklung massiv unter Druck geraten. Sie werden einerseits mit Beteiligungsforderungen, zivilgesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Akteure konfrontiert und andererseits mit der Forderung nach mehr Transparenz und dem, was man heute als Accountability bezeichnet, also der Zurechenbarkeit von Entscheidungsprozessen, konfrontiert.

Was bedeutet das nun für Multi-Stakeholder Prozesse? Diese zielen darauf, Koordinationsleistungen, die innerhalb der eigenen Organisation wie etwa einer Standardisierungsgruppe stattfinden, über die eigene Peer Group hinaus herzustellen und damit, wenn man so will, die Rationalität aber auch die Anschlussfähigkeit von Regelsetzungen in einzelnen Bereichen mit anderen Bereichen so zu vernetzen, dass daraus etwas Kohärenteres entsteht.

Die Innovationsleistung des Internet Governance Forums, über das ich im Folgenden sprechen will, besteht darin, dass es traditionelle intergovernmentale Prozesse der

Regelsetzung und neue eher netzwerkförmige Multi-Stakeholder orientierte Prozesse der Regelsetzung auf neuartige Weise miteinander verknüpft.

Das Internet Governance Forum (IGF) ist institutionell in der UN verankert und bezieht aus der UN sein politisches Gewicht und seinen Status. Zugleich bricht es aber mit nahezu allen Regeln, die für UN Prozesse typisch sind. Dies betrifft vor allem Beteiligungsregeln und Abstimmungsformen. Das wirklich Wichtige am Internet Governance Forum besteht jedoch in seiner radikalen Beteiligungsoffenheit. Es kann nicht nur jeder, der möchte, daran mitwirken, selbst die Programmgestaltung ist weitgehend denen überlassen, die sich dort aktiv beteiligen. Jeder kann Workshops für die jährlichen Tagungen vorschlagen und diese zusammen mit anderen Stakeholdern dann auch durchführen. Jeder kann hingehen, jeder kann sich auch an der Auswahl der thematischen Schwerpunkte beteiligen.

Der Preis, den das IGF für diese weitreichende Integrationsleistung von Akteuren und Interessen zahlen muss, besteht in dem Verzicht auf Entscheidungsautorität. Das IGF ist sozusagen für den Dialog optimiert. Konkrete Maßnahmen oder Entscheidungen, die aus diesem Dialog resultieren mögen, müssen von Dritten getroffen werden, von klassischen internationalen Organisationen oder auch im Rahmen demokratischer Prozessen auf der nationalen Ebene.

Das IGF ist inzwischen fünf Jahre alt. Es wurde von der UN 2006 eingesetzt und der erste Lebenszyklus ist damit abgeschlossen. Deshalb haben sich in der letzten Zeit viele Beobachter mit einer Bilanzierung des IGF befasst. Das möchte ich gleich auch tun, aber davor noch ein paar Worte zu den Herausforderungen verlieren, mit denen ein solch offener Prozess eigentlich konfrontiert ist. Die besondere Konstitution, diese Beteiligungsoffenheit und die Dialogorientierung des IGF ist nicht frei von Schwierigkeiten. Eine erste Schwierigkeit besteht sicherlich darin, dass die Teilnehmerstruktur des IGF extrem heterogen ist, zum einen im Hinblick auf die politischen und wirtschaftlichen Erfahrungshintergründe, die sich im IGF zusammenfinden, aber auch im Hinblick auf die Erwartungen, die die Teilnehmer in einen solchen offenen Prozess hineinbringen. Beim IGF treffen beispielsweise Regierungsvertreter aus China, Saudi-Arabien oder den USA auf Mitarbeiter von Siemens oder Cisco, auf Vertreter der OECD, der UNESCO oder des Council of Europe. Die wiederum treffen auf NGOs, die sich der Meinungsfreiheit, der Netzneutralität oder auch dem Kampf gegen Kinderpornographie verschrieben haben. Daraus entstehen konfligierende Positionen und übrigens auch Weltansichten und Stile, spezifische Anliegen zu verfechten. Jede der beteiligten Gruppen trägt andere Erwartungen an das IGF heran und diese sind keineswegs immer kompatibel. Allerdings, und hier beginnt das Problem für das IGF, kann es sich dieses Forum keineswegs leisten, irgendeine dieser Gruppen zu verprellen. Die Anerkennung und die Legitimation dieses offenen Prozesses lebt ganz stark von seiner Integrationsleistung, sozusagen von dem Versprechen, dass jeder dorthin kommen kann, dass jeder sich dort betätigen kann und dass alle dort vorgetragenen Positionen legitim sind.

Multi-Stakeholder Strukturen wie das IGF sind freiwillige Veranstaltungen. Jeder muss seine knappe Zeit aufwenden, seine knappen Ressourcen einsetzen, um zu den Tagungen zu kommen – und entscheidet sich damit gleichzeitig gegen andere Veranstaltungen, die es möglicherweise ebenso wert sind, sich zu beteiligen. Dass man so leicht am IGF teilnehmen kann, bedeutet auch, dass sich jeder ganz leicht wieder zurückziehen kann. Die Exit-Option steht immer im Raum. Das IGF steht nun vor der Herausforderung, mit diesen unterschiedlichen Erwartungen und auch der Unverbindlichkeit, die diesen Prozess kennzeichnet, fertig zu werden. Insbesondere müssen die unterschiedlichen Erwartungen in einer Form ausbalanciert werden, die die Beteiligung für jeden immer wieder sinnvoll macht,

obwohl keine Entscheidungen getroffen werden und auch auf absehbare Zeit keine getroffen werden können.

Wie hat das IGF diese Herausforderung bewältigt? Wie ich schon sagte, prägen sich die unterschiedlichen Hintergründe auch in unterschiedlichen Erwartungen aus, die an das IGF herangetragen werden. Ein wichtiges Bewertungskriterium für die Leistung des IGF ergibt sich aus seinem Entstehungshintergrund. Der internationale Konflikt darum, wer das Internet eigentlich regieren soll, war prägend für den UN Weltgipfel zur Informationsgesellschaft, aus dem das IGF hervorgegangen ist. Länder wie China, aber auch einige zivilgesellschaftliche Gruppen bewerten das IGF einzig und allein daran, ob in diesen Konflikt Bewegung kommt und ob das IGF Fortschritte in der Verständigung über die politische Aufsicht über das Internet erzielt hat. Wenn man das IGF unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, nämlich ob die USA heute bereit sind, ihre Kontrolle über das Domain Namenssystem und den Internet-Adressraum aufzugeben bzw. mit anderen Akteuren zu teilen, dann muss man klar „nein“ sagen. Das Einzige, was das IGF in diesem Zusammenhang geleistet hat, ist, eine gewisse Enttabuisierung zu betreiben. Unmittelbar nach dem Weltgipfel zur Informationsgesellschaft konnte man über diese Frage in der Öffentlichkeit nicht mehr diskutieren, so vermint war das politische Gelände im Bereich von Internet Governance. Das ist inzwischen wieder möglich. Es finden Arbeitsgruppen und Plenardiskussionen zu diesen Fragen statt, an denen sich auch Länder wie China, Vertreter der US-Regierung und zivilgesellschaftliche Gruppen beteiligen.

Das ist aber nicht der einzige Maßstab, den man an das IGF anlegen kann. Ein anderer Maßstab orientiert sich an seinem offiziellen Mandat. Wie ich schon sagte, zielt das Mandat des IGF im Wesentlichen auf den Dialog zwischen den verschiedenen Gruppen. Die Frage, die sich dann daraus für eine Bewertung des IGF ergibt, ist, in welchem Umfang es dem IGF gelungen ist, Strukturen und Verfahren zu entwickeln, die dazu beitragen, konkrete Probleme, die aufgrund ihrer grenzüberschreitenden Natur kein demokratisch verfasstes Zuhause im Nationalstaat haben, diese in legitimer und fachlich angemessener Weise zu bearbeiten. Mit anderen Worten: Gelingt es Multi-Stakeholder Prozessen ausreichend Expertise, aber auch ausreichend relevante Akteure zu integrieren und dauerhaft zu binden, so dass auf der internationalen Ebene eine gewisse Problemlösungskompetenz entsteht, der man dann zutrauen kann, dass sie für schwierige Probleme langfristig Willensbildungsprozeduren und Lösungen initiiert.

Aus dieser Perspektive besehen stellt sich die Bilanz des IGF sehr viel besser dar. Das IGF hat ein entwicklungs-offenes Veranstaltungsformat entwickelt, das den Teilnehmern extrem viel Raum zur Thematisierung ihrer Anliegen bietet. Weil sie Workshops selbst planen und selber Teilnehmer dazu einladen können, hat sich eine recht hohe Identifikation unter den Teilnehmern entwickelt.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass Themen in interdisziplinärer Form behandelt werden. Alle Workshops versammeln Kompetenz aus unterschiedlichen Sektoren und Weltregionen. Kein technisches Thema wird dort diskutiert, ohne sich Gedanken über die politischen Implikationen zu machen. Umgekehrt kommen die Ingenieure zu Workshops, die sich beispielsweise mit Datenschutz befassen und bringen ihre Expertise ein, um etwa darüber zu reden, wie technische Konfigurationen Datenschutzbelangen stärker Rechnung tragen können. Allgemeiner formuliert würde ich sagen, dass der Multi-Stakeholder Dialog auf allen Seiten, einschließlich den Regierungen, zu einer spürbaren Horizonterweiterung führt. Ingenieure lernen von zivilgesellschaftlichen Gruppen. Regierungen lernen von der Wirtschaft. Die Wirtschaft ist in der Lage, leichter Kontakte zu relevanten Akteuren in Politik und auch Zivilgesellschaft zu knüpfen, die sonst nur sehr schwer herzustellen sind.

Das alles führt dazu, dass sich fachübergreifende Problemsichten für Belange der Informationsgesellschaft herausbilden. Diese, wenn man so will, kognitive Annäherung der Akteure ebnet die politischen Differenzen, von denen ich sprach, keineswegs ein, aber es hebt doch das Streitniveau an. Kontroversen finden nicht mehr nur auf der Ebene von Gerüchten und Ideologien statt, sondern es verbreitert sich die fachliche Kompetenz, und die Auseinandersetzungen werden fachlich anspruchsvoller.

Demokratiethoretisch formuliert könnte man das so formulieren: Der institutionalisierte Dialog zwischen den interessierten Teilnehmern führt dazu, dass die Vielzahl der Akteure, die an der Entwicklung des Internet beteiligt sind, ein gemeinsames Vokabular entwickeln, das es ihnen erlaubt, kollektive Willensbildungsprozesse auch auf internationaler Ebene und damit außerhalb der demokratisch verfassten Institutionen fortzusetzen und zugleich neue Verhandlungsprozeduren zu entwickeln. Wir alle wissen, dass wir eine Weltregierung nicht bekommen werden, aber trotzdem wollen wir gerne Regelungsformen entwickeln, die zu legitimen Lösungen führen, weil wir halbwegs sicher sein können, dass die betroffenen Akteure Gehör finden und dass Bedenken, Anliegen und Interessen Rechnung getragen wird. Dazu benötigen wir Experimente, die solche Institutionalisierungsprozesse auf der internationalen Ebene vorantreiben. Aus meiner Sicht ist das IGF solch ein Experiment, das sich lohnt unterstützt zu werden.

Allerdings muss man sagen, dass das IGF auch Schwächen hat. Eine Schwäche, die mir immer wieder auffällt, besteht darin, dass die Horizonterweiterung, die internationale Multi-Stakeholder Prozesse ermöglichen, sehr stark personengebunden bleibt. Die Menschen, die für längere Zeit am IGF teilnehmen, haben für gewöhnlich ein Aha-Erlebnis und finden, dass sie dort etwas lernen, was sie in ihrem eigenen "Dunstkreis" nicht lernen. Aber diese Erfahrungen, diese Einsichten wandern nicht wirklich weiter, migrieren nicht zu den Kollegen und zu anderen Organisationen. Hierin besteht tatsächlich eine große Schwäche des IGF: zu wenig Akteure profitieren von diesem Experiment. Eine zweite Schwäche liegt darin, dass diese gemeinsame Sprache und gemeinsamen Problemsichten, die sich herausbilden, überwiegend hinter dem Rücken der Akteure stattfindet. Die Teilnehmer nehmen es sozusagen als selbstverständlich hin, dass wir heute über Fragen von Internet Governance, die politische Vormacht der USA, Fragen von Datenschutz, Netzneutralität und Internetadressen in einer viel anspruchsvolleren Weise reden als noch vor zehn Jahren. Weil die Mitwirkenden diesen Entwicklungsprozess nicht wirklich wahrnehmen, schreiben sie diesen Erfolg den Multi-Stakeholder Prozessen auch nicht angemessen zu. Wir würdigen unsere kollektiven Lernprozesse nicht angemessen und verteidigen sie daher womöglich auch nicht hinreichend, wenn, wie augenblicklich das Internet Governance Forum stark unter politischen Druck steht.

Dies bringt mich zu dem Fazit, dass Multi-Stakeholder Prozesse ihre konstruktiven Wirkungen womöglich eher im Verborgenen entfalten und im Allgemeinen nicht angemessen gewürdigt werden – auch weil die Erwartungen, mit denen sie konfrontiert werden, nicht immer realistisch sind. Nicht oder wenig institutionalisierte Prozesse wie das IGF bedürfen jedoch der aktiven Unterstützung aller Akteursgruppen, um politische Richtungswechsel in der UN oder anderen internationalen Organisationen zu überleben. Ein guter Schritt in diese Richtung besteht in der Gründung regionaler und nationaler IGFs, die dafür sorgen können, dass die Idee der Multi-Stakeholder Verständigung zirkuliert und auch auf anderen Ebenen zum Tragen kommt. Die eigentliche Bedeutung dieses Ansatzes entfaltet sich aber meines Erachtens vor allem im internationalen Bereich außerhalb von demokratisch verfassten Territorien. Abschließend bleibt mir zu wünschen, dass das IGF aus Deutschland die Unterstützung erhält, die es benötigt, um sich weiter entwickeln zu können.

4 Internationale Erfahrungen des Internet Governance Forums

Markus Kummer, Internet Society (ISOC), Genf

Es ist mir ein großes Vergnügen hier zu sein. Eine kleine Korrektur: als ich zu diesem Anlass eingeladen wurde, war ich noch Koordinator des Internet Governance Forum. Ich war sechs Jahre lang Beamter der Vereinten Nationen und seit Februar bin ich bei der Internet Society. Die Internet Society ist eine Nichtregierungsorganisation, die von den Vätern des Internets vor 19 Jahren gegründet wurde, und wir bemühen uns um die Verbreitung und der Förderung des Internets. Unser Motto ist: The Internet is For All. Wir sind noch nicht ganz so weit. Noch gibt es vier Milliarden Menschen, die keinen Zugang zum Internet haben. Wir haben Niederlassungen, sogenannte ‚Chapters‘, in allen Kontinenten in beinahe 100 Ländern, und wir haben große Organisationen, die Mitglieder der Internet Society sind und uns in unseren Anliegen unterstützen.

Ich kam gewissermaßen über die Hintertür in den Internetraum hinein. Als Diplomat hatte ich mich um den Weltgipfel 2003 zu kümmern, und weil die Schweiz Gastgeber war, wurde mir die Aufgabe übertragen, gewisse Arbeitsgruppen, gewisse Verhandlungsgruppen zu leiten, u.a. auch über Internet Governance. Das war eigentlich der Kampf um das Internet, um das etwas überspitzt zu formulieren. Es kam nicht zufällig in die Debatte im Februar 2003. Im Zusammenhang mit dem Irakkrise brachten die arabischen Länder das Thema auf den Tisch. Es war nicht genau formuliert um was es ging. Es war eher ein dumpfes Unbehagen um die Rolle der Vereinigten Staaten.

Wir konnten 2003 keine Lösung finden. Es gab klare Lager, die sich gegenüberstanden. Deswegen wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, Working Group on Internet Governance (besser bekannt unter Akronym WGIG), und mir wurde die Übernahme des Sekretariats angeboten. Somit rutschte ich von der Schweizer Diplomatie in die UN Diplomatie. Jeanette Hofmann und ich sind durch eine langjährige Zusammenarbeit verbunden; sie war Mitglied dieser Arbeitsgruppe. Wir haben mit dieser Multi-Stakeholder Arbeitsgruppe Internet Governance verstanden, den polemischen politischen Dialog auf die Sachebene runterzubringen und zumindest größeres Verständnis dafür zu schaffen, was das Internet überhaupt ist.

Die zweite Phase des Gipfels in Tunis übernahm mehr oder weniger den Bericht der Arbeitsgruppe Internet Governance, der damit einfluss in das Abschlussdokument des Gipfels, die Tunis Agenda. Die Tunis Agenda erteilte den bestehenden Institutionen recht gute Noten, das Internet funktioniert. Aber es besteht Raum zur Verbesserung. Auf der einen Schiene wurde die verstärkte Zusammenarbeit, *Enhanced Cooperation*, aufgegleist, und das andere Gleis war das Internet Governance Forum als eine Plattform für Dialog. Jeanette Hofmann hat die Stärken und Schwächen sehr gut erklärt. Ich bin nicht unbedingt mit ihrer Analyse der Schwächen einverstanden, weil das Internet Governance Forum hinter den Kulissen doch einiges bewirkt hat; es hat u.a. die USA für ein gewisses Unbehagen der Weltöffentlichkeit sensibilisiert. So ist zum Beispiel die *Affirmation of Commitments*, die das Verhältnis der USA zur Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN) regelt und eine weniger direkte Aufsicht der USA vorsieht, nach Ansicht vieler dank dem IGF zustande gekommen wäre. Ebenso hat das IGF zu den Bemühungen zur verstärkten Mehrsprachigkeit des Internets beigetragen und die Einführung der sogenannten Internationalized Domain Names (IDN) zu beschleunigen. Zugegebenermaßen, ICANN hat seit Jahren hart dran gearbeitet, aber das IGF hat es sicher verstärkt auf die Prioritätenliste von

ICANN gesetzt, und das mehrsprachige Internet ist heute eine Realität. Das sind nicht direkte, jedoch indirekte Folgen des IGF, und ich bin hier vielleicht etwas positive in der Bilanz.

Zwischen 2006 und 2010 fanden fünf Veranstaltungen des Internet Governance Forum statt, in Athen, Rio, Haidarabad/Indien, Sharm el Sheikh/Ägypten und zuletzt in Vilnius, also in allen fünf Regionen der Vereinten Nationen. Wir haben es geschafft, eine große Anzahl von Teilnehmern anzuziehen, die sonst nie eine Veranstaltung der verschiedenen Internetorganisationen besuchen und die vermehrt damit vertraut gemacht wurden, wie das Internet funktioniert. Wir hatten den Auftrag, eine große Konsultation über die Leistungen des IGF durchzuführen, die in Sharm el Sheikh stattfand. Es wurde breit mit schriftlichen Beiträgen angelegt und in Sharm el Sheikh selbst hatten alle Teilnehmer die Gelegenheit, sich zu äußern. Das äußerst positive Fazit wurde dann letztes Jahr in der Generalversammlung der Vereinten Nationen behandelt. Das Mandat wurde verlängert, aber zur großen Überraschung sahen die Vertreter in New York das Ganze nicht mehr als so positiv, sondern identifizierten einen großen Bedarf an Verbesserungen. Wenn man den Diskussionen zuhörte, hatte man das Gefühl, am Sterbebett eines todkranken Patienten zu sein. Es war ein eklatanter Widerspruch zu den Konsultationen mit den Teilnehmern selbst. Die kritischsten Leute hatten vielfach nie selbst an einem IGF teilgenommen. Als Fazit ist wahrscheinlich, dass die IGF Kritiker an einem sachbezogenen Dialog gar nicht interessiert sind, sondern dass sie sich vom IGF eine Fortsetzung der politischen Polemik erwartet hatten und enttäuscht waren, dass das IGF einfach nur als Diskussionsplattform nicht versuchte, eine typische UNO-Lösung herbeizuführen. Normalerweise verlangen Entwicklungsländer nach mehr Mitteln und die entwickelte Welt sagt das im Rahmen des Möglichen irgendwie zu. Wir haben immer davon abgesehen, im IGF irgendwelche Verhandlungen durchführen zu wollen, weil das auch institutionell nicht möglich gewesen wäre. Regierungen setzen sich nicht mit Vertretern der anderen Stakeholder Gruppen an denselben Tisch, um Texte auszuhandeln.

Der Titel des heutigen Abends hat mir sehr gut gefallen, und die Ausführungen von Herrn Staatssekretär Otto ebenso. Ich teile diese liberale Grundhaltung und bin auch für so viel Freiheit wie möglich. Was mir im Titel weniger gefällt, ist das Wort Kontrolle. Mit Regulierung kann ich leben, Kontrolle schon weniger. Es erinnert mich an einen Titel des „Economist“ nach Tunis: „It was a peace of sorts. No-one controls the Internet but many are determined to try“. Das ist es gerade. Die vorgelbliche Kontrolle der Vereinigten Staaten wird vielfach vorgeschoben, um vom eigentlichen Ziel abzulenken. Man analysiert das Ganze vor dem Hintergrund dessen, was man selber gern tun möchte, eben das Internet zu kontrollieren. Meistens beruht das auf technischer Unkenntnis, da sie nicht wissen, wie gering die Einflussnahme der USA auch tatsächlich ist.

Internet Governance hat verschiedene Dimensionen. Es gibt die geopolitische Dimension, wo viele Länder die übermächtige Supermacht sehen, die die Oberaufsicht über das Internet hat. Es gibt eine entwicklungspolitische Dimension, den digitalen Graben. Die Entwicklungsländer fühlen sich ausgeschlossen, und in jedem UNO Rahmen kommt diese entwicklungspolitische Dimension auf. Die wirtschaftliche Dimension ist ganz ähnlich und da wird die wirtschaftliche Übermacht der entwickelten Länder angeprangert. Es gibt auch eine kulturelle Dimension, indem die nicht englischsprachigen Länder sich von den englischsprachigen Ländern dominiert fühlen. Das hat sich seit 2003 stark aufgeweicht. Es sind seitdem sehr viel mehr Sprachen auf dem Internet vertreten und mit der Einführung der Internationalized Domain Names haben sie auch ihre eigenen Internetadressen.

Im Wesentlichen jedoch geht es um das Spannungsverhältnis eines grenzüberschreitenden Mediums und der internationalen Ordnung, die auf der nationalstaatlichen Organisation

beruht. Das wurde bereits von meinen Vorrednern angesprochen. Im UNO Rahmen ist das bereits angelegt im Spannungsverhältnis zwischen der UNO Charta und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Auf der einen Seite garantiert die Charta die Unantastbarkeit der Souveränität der Mitgliedsstaaten und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, während auf der anderen Seite die allgemeine Erklärung der Menschenrechte das Recht aller Bürger auf freie Meinungsäußerung und auf freien Informationsfluss garantiert, ohne Rücksicht auf Grenzen. Das Internet hält sich nicht an die von der UNO Charta vorgegebene nationale Souveränität. Es überschreitet diese Souveränität und nimmt, wie die allgemeine Erklärung der Menschenrechte keine Rücksicht auf Grenzen. Dass das vielen Potentaten etwas sauer aufstößt, lässt sich leicht nachvollziehen

Technologisch gesehen ist die unterliegende Architektur des Internets daraufhin angelegt, dass es Innovationen zulässt. Wie man so schön sagt, ist das Internet in der Mitte dumm und der Mehrwert kommt am Ende des Internets. Die Väter des Internets sagen selbst, dass sie vor nunmehr bald 40 Jahren nicht gedacht hätten, dass das alles möglich sein wird. Aber das Internet war daraufhin angelegt, diese Innovation möglich zu machen, und das Internet ist auf freie Meinungsäußerung, auf freien Informationsfluss angelegt. In den frühen Jahren des Internets war das alles noch leichter im Griff zu halten. Es war eine gleichgesinnte Gemeinschaft von Akademikern. Es galt das Prinzip ‚sei konservativ in dem, was du aussendest, sei liberal in dem, was du empfängst‘. Das funktioniert bestens, wenn alle dieselben Werte teilen. Aber unterdessen haben wir zwei Milliarden Internetnutzer und alles wird wesentlich komplizierter. Man versteht, dass Regierungen sehr gerne nach Maßnahmen rufen, um irgendeines Problems Herr zu werden und dabei manchmal gerne aus der Hüfte schießen.

Das Grundprinzip ‚was Gesetz ist, ist Gesetz‘ gilt und was offline gilt, gilt auch online. Neue Gesetze braucht es nur, wenn es sich tatsächlich um ein internetspezifisches Phänomen handelt. Nehmen wir Kinderpornographie: Kinderpornographie ist nirgends legal. Was illegal ist, ist illegal – ob es offline oder online ist. Der Kinderpornographie liegt meistens ein Verbrechen zugrunde. Also gilt es, das Verbrechen an der Wurzel zu bekämpfen und nicht das Symptom, das dann letzten Endes auf dem Internet das Erscheinungsbild ist. Natürlich gibt es Fragen der Zusammenarbeit. Im Internet ist das vielleicht etwas komplizierter, als das in traditionellen Formen der internationalen Zusammenarbeit geregelt ist. Wir sprechen gern vom Internet Ökosystem. Es gibt nicht eine Organisation, die für das Internet zuständig ist. Es gibt zahlreiche Organisationen, wie die Internet Engineering Task Force (IETF), das Internet Architecture Board (IAB), das World Wide Web Consortium (W3C), ICANN, die Regional Internet Registries in allen Kontinenten, die sich mit dem Verteilen der Adressen befassen. Alle diese Organisationen arbeiten in diesem Ökosystem zusammen. Es sind demokratische Prozesse. Wir haben im IGF von diesen Prozessen gelernt und zu einer sehr offenen Form der Sitzungen gefunden, an denen jeder teilnehmen kann. Diese, von unten nach oben verlaufende Prozesse, die jedem zugänglich sind, der daran interessiert ist, sind typisch für das Internet Ökosystem. Diese Prozesse sind tatsächlich sehr verschieden von den klassischen Formen der internationalen Zusammenarbeit, wie wir sie kennen in den zwischenstaatlichen Organisationen. Die Regierungen sind es gewohnt, an einem Tisch zu sitzen, wo der Name der Regierung steht. Wenn man etwas sagen will, darf man es sagen. Wenn man etwas Dummes sagt, wird man nicht ausgebuht. Das alles ist im Internetbereich etwas anders. Da geht es hemdsärmeliger zu. Ich war letzte Woche zum ersten Mal zu einer Tagung der IETF, der Internet Engineering Task Force. Das sieht sehr verschieden aus vom Münchner Kreis. Da sind die Leute in Jeans und in T-Shirts. In der ITU dagegen sieht es eher aus wie der Münchner Kreis. Da sind die Leute im Anzug und mit Krawatte. Schon diese kulturelle Differenz schafft einfach eine gewisse Hemmschwelle für

viele Regierungsvertreter, die sich eher in einer Organisation wie der ITU zuhause fühlen, der UNO Unterorganisation, die für Kommunikation zuständig ist.

Ich habe eingangs gesagt, der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft war der Kampf um das Internet. Aber der Kampf um das Internet ist noch nicht vorbei. Es gibt diesen Kampf auf zwei Ebenen, der Gouvernanz und der Architektur. Auf der Ebene der Gouvernanz möchten, viele Länder, dass die ITU einen immer stärkeren Bereich des Internets über ihre institutionellen Gremien abdeckt. Dieser Kampf findet aber auch auf der Ebene der dem Internet zugrunde liegenden Architektur, bei den Standardsetzungen statt. Auch dort wird versucht der ITU Aufgaben zu übertragen und Normen zu setzen, die letztendlich die dem Internet zugrundeliegenden Architektur ändern könnten.

Hier geht es darum, dass wir versuchen, unter denjenigen Ländern und Regierungen, die dem Internet freundlich gesinnt sind, darauf zu achten, dass diese dem Internet zugrundeliegende offene Architektur erhalten bleibt. Diese Architektur fördert Innovationen, lässt den freien Meinungs Austausch und den freien Informationsfluss zu und bildet eine Weltöffentlichkeit heran. Die Ereignisse in Ägypten und Tunesien wären ohne das Internet nicht möglich gewesen. Nicht nur die sozialen Netzwerke sondern schon vorher, haben das Internet und das World Wide Web dazu beigetragen, die Befindlichkeiten zu ändern. Die jungen Ägypter verstehen sich heute nicht mehr als Teil einer sehr paternalistischen traditionellen Kultur sondern als Teil einer Weltgemeinschaft. Hier hoffe ich, dass wir alle zusammen arbeiten können, um an diesen grundlegenden Werten festzuhalten, die auch auf grundlegenden demokratischen Werten basieren, auf Rechtsstaatlichkeit, auf freiem Meinungsfluss, auf Demokratie, auf freier Meinungsäußerung.

5 Innovation im Internet: Fallbeispiele

Moderation: Prof. Dr. Helmut Krcmar, Technische Universität München

Teilnehmer:

Johannes Martens, Motorola Mobility, San Francisco
Dr. Clemens Riedl, VZnet Netzwerke Ltd., Berlin
Dr. Max Senges, Google Germany GmbH, Berlin
Dr. Orestis Terzidis, SAP Research, Karlsruhe
Henrik Tesch, Microsoft Deutschland GmbH, Berlin
Dirk Wittkopp, IBM Deutschland R&D, Böblingen

Prof. Krcmar:

Einen schönen guten Abend, meine Damen und Herren. Wir gehen jetzt sozusagen browsen. Mit erhöhter Schlagzahl schauen wir uns, wie Herr Staatssekretär Otto meinte, von diversen „Mittelständlern“ deren Abwägungsprobleme an. Dieser Dialog zwischen Altem und Neuem - vorhin hieß es: traditionelle Bordmittel müssen anders betrachtet werden – lässt sich wohl am besten führen, wenn man konkrete Beispiele hat. Also, nicht so sehr in der Sphäre der abstrakten Innovation sondern mit ganz konkreten Beispielen agiert und dort hinterfragt, was an den bisherigen Abwägungen denn unter den veränderten technischen, generativen und historischen Randbedingungen anders abzuwägen wäre. Das resultiert natürlich daraus, dass das Internet eine Globalität der Angebote liefert, die an den nationalen Grenzen nicht innehält, dass wir einen Wettbewerb auch der Regulierung haben, die an einigen Orten mehr Innovation erlauben als an anderen und dass wir Fragestellungen der informationalen Selbstbestimmung sehr intensiv betrachten. Es ist aber möglicherweise kultur- und historisch-bedingt, zu welchen Ergebnissen man in den Abwägungsprozessen kommt.

Wir haben uns überlegt, dass diese Fragen gesellschaftlicher Akzeptanz, Vertrauen, Risikobewertung und Sicherheit am besten dargestellt werden können, wenn wir „Mittelständler“ wie Google, Motorola, Holtzbrinck, SAP, Microsoft und IBM bitten, mit welchen Abwägungen sie sich gerade beschäftigen. Wir haben das deshalb so gemischt, weil sie ab und zu etwas im Datenschutz machen können, weil man dort als Start-up zu Wort kommen kann, die sich mit location-based Services beschäftigen und weil das nicht alles nur to consumer ist sondern auch b2b sein kann. Und so wollen wir für die Diskussion etwas mehr von der Reichhaltigkeit der Probleme mitbekommen, die es zu lösen gilt und Sie zumindest nicht mit immer nur genau den gleichen Beispielen von hinten schleichen lassen, die schon oft genug durchgearbeitet sind. Es wird bestimmt großen Spaß machen. Lassen Sie mich mit Herrn Dr. Senges beginnen. Er ist Vertreter von Google Germany, studierter Wirtschaftsinformatiker, hat in Philosophie promoviert, Multi-Stakeholder, baut den Think Tank Internet und Gesellschaft Collaboratory auf und kümmert sich um das Berliner Forschungszentrum „Internet und Gesellschaft“. Google will sich hier zur Meinungsvielfalt in der Welt äußern.

Dr. Senges:

Vielen Dank für die erfrischende Einführung und vielen Dank dem Münchner Kreis für diese Veranstaltung. Ganz kurz möchte ich sagen, dass auch ich aus diesem Kreis komme, von dem Frau Dr. Hofmann und Herr Kummer berichtet haben. Ich bin in diesem Internet Governance Forum politisch oder policy-mäßig groß geworden und kann sagen, dass es sehr lehrreich ist und ich sehe auch da einen der Hauptgründe, dass auf der ganzen Welt Leute zusammenkommen und voneinander lernen. Aus meiner Sicht ist es eher ein Frühwarnsystem,

und so kann es auch in Deutschland funktionieren. Ein Frühwarnsystem, wo neue Themen hochkommen und man sich dann überlegt, wie man genau mit welchen regulatorischen oder selbstregulatorischen Mitteln die Dinge angeht, also welches Instrument das richtige ist. Ich spreche über Rede- und Ausdrucksfreiheit im Internet als internationale Governance Herausforderung. Das ist meiner Meinung nach eines von den Beispielen, die immer wieder angesprochen wurden, wo sich einfach durch die Tatsache, dass das Netz gewisse Grundkomponenten neu regelt, neue Kontexte ergeben. Ganz konkret ist es so, dass die Means of Production, also die Produktionsmittel, von denen schon Marx festgestellt hat, dass sie einiges verändern, wenn Verschiebungen da sind und sich komplett auf den Kopf gestellt haben. Heutzutage kann jeder mit diesen modernen Telefonen weltweit streamen, sofort produzieren. Das verändert die politische Macht- und Gefällelage, und wir als Google haben natürlich sowohl in dem Zugang zu diesen Informationen als auch in der Bereitstellung von Tools wie YouTube damit zu tun und zu kämpfen. Das werde ich auch in den nächsten beiden Beispielen darstellen.

Wie gehen wir damit um? Einerseits versuchen wir Transparenz zu schaffen, wie darauf eingegangen wird. Das ist eine Initiative, die unter Google/Transparency Report zu finden ist. Da kann man einsehen, welches Land wie viele Anfragen an uns stellt, Ergebnisse aus dem Suchindex herauszunehmen. Sie sehen da die Zahlen für Deutschland, die relativ hoch sind. Wir sind aber nicht die führende Nation in dieser Rangliste. Interessanterweise ist das im Fall von Google Brasilien, denn dort ist unser soziales Netzwerk Orkut sehr erfolgreich und es gibt sehr viele Anfragen Inhalte herauszustellen. Die schiere Anzahl der Anfragen und der Komplexität ist da ganz interessant. Transparenz ist ein Mittel, wir versuchen damit umzugehen. Das andere ist Werkzeuge bereitzustellen. Wir halten uns politisch selbstverständlich einigermaßen neutral, aber mit Anwendungen wie diesem „Speak to Tweed“, welches wirklich an einem Wochenende programmiert wurde, haben wir es ermöglicht, dass Ägypter, als das Telefon abgedreht wurde, per Telefon Tweeds absetzen konnten, also ihre Meinungsfreiheit weiter äußern konnten. Das sind Werkzeuge, die nicht in irgendeine Richtung politisch sind, aber diesen Zugangsmechanismus zu fördern ist doch ein unterstützenswertes Ziel. Klassisch sind natürlich Werkzeuge wie YouTube, die einfach zur Dokumentation von Meinungs- und Redefreiheit, von Demonstrationen beitragen.

Es gibt aber zwei Dilemmas, denen wir gegenüberstehen, wenn wir uns dieser Thematik nähern. Das eine ist ein Fallbeispiel aus der Türkei. Wie Sie wissen, sind Fußballanhänger besonders engagierte Zeitgenossen und beschimpfen sich gegenseitig auch ziemlich heftig. In der Türkei gibt es das Gesetz, dass der Staatsgründer Kemal Atatürk in keinsten Weise beleidigt werden darf. Die griechischen Fußballfans, die regelmäßig beleidigende Interviews auf YouTube hochstellen, interessiert das überhaupt nicht und sie haben tatsächlich einen türkischen Richter dazu gebracht, dass der komplette YouTube Dienst in der Türkei seit längerer Zeit geblockt wird. Das ist ein sehr viel weitergehendes Mittel als Zensur, speziell wenn die gesetzlich gebackupt ist. In dem Fall wird ein ganzer Dienst blockiert. Das ist eine ziemlich schwierige Herangehensweise, damit politisch international auch umzugehen. Es gibt ganz interessante Überlegungen dazu, dass das eigentlich eine Handelsbarriere im Sinne der WTO und Welthandelsabkommen. Unser Appell ist, dass auch die deutsche Politik es als solche anerkennt und sich dafür einsetzt. Neben der Türkei gibt es solche Fälle auch in China und Thailand.

Ein anderes Fallbeispiel, das uns natürlich sehr viel näher liegt, ist Deutschland. Wir haben hier zum Glück ein sehr ausgefeiltes und ich würde fast sagen eines der ausgefeiltesten Systeme, um zu erkennen was jugendgefährdend ist, was in der Gesellschaft einfach so nicht gewünscht wird wie beispielsweise Rechtsradikalismus. Diese Institutionen haben sehr gut

funktioniert bzw. funktionieren sehr gut in den klassischen Medien. Sie funktionieren nicht mehr so gut, wenn man die Freiheit des Internets haben und nutzen und Videoplattformen wie YouTube betreiben will. 35 Stunden YouTube Videomaterial werden jede Minute hochgeladen. Das ist logischerweise deutlich mehr als jeder Fernsehkanal oder ähnliches. Es ist einfach nicht möglich, das vorher zu streamen und durchzuschauen, sondern man muss im Nachhinein erst überlegen und anschauen, ob ein Fall berechtigt heruntergenommen wird oder nicht. Das funktioniert aber nicht so ganz mit der momentanen Rechtsprechung. Wir sind immer wieder an der Grenze, dass das so nicht durchzuführen ist und wir fragen uns, ob diese so genannte Service Provider Intermedia Reliability nicht eindeutiger durchzuführen ist und aufgestellt sein sollte.

Ich komme zum Schluss. Auf den Aufruf, deutsche Politiker und Experten sollten sich mehr an der Schaffung von einem vernünftigen Governance System für solche Systeme beteiligen, gibt es bisher noch nicht sehr viele Ansätze, um internationale Institutionen zu schaffen, weil die kulturellen Unterschiede so groß sind. Wir glauben aber, dass Deutschland einiges beitragen und gegebenenfalls eine Führungsrolle übernehmen könnte.

Ich wollte auf eine Selbstregulierungsinstitution hinweisen, die in den USA geschaffen wurde, nachdem ein chinesischer Blogger nach Herausgabe seiner Kontaktdaten verurteilt wurde. Die global Network Initiative ist eine Institution, in der Microsoft, Yahoo und Google gemeinsam mit Menschenrechtsorganisationen und Akademikern versucht, Standards und Praktiken vorzubereiten, durchsetzen und industrieübergreifend einzubringen, die sich mit dem Schutz der Privatsphäre und der Meinungs- und Redefreiheit beschäftigen. Auch hier wäre es schön, wenn die deutsche Politik einfach eine Sensibilisierung dafür suchen würde und in dem Fall möchte ich auch speziell die Kollegen von privaten Unternehmen ansprechen. Diese Initiative wird logischerweise immer stärker, umso mehr Unternehmen und Akteure sich daran beteiligen.

Der letzte Punkt ist, dass in diesem Fall ein Multi-Stakeholder Ansatz wie er im IGF im Sinne der Deliberation probiert wird, aber hier wirklich unterstützt zwischen Unternehmen, zwischen einer Staatengemeinschaft, die solche Blockaden von Internetdiensten als Handelsbarrieren akzeptiert und insofern ihre Mittel nutzt, um sich für eine starke Öffentlichkeit, einen demokratischen Austausch stark macht.

Zwei Punkte führen das noch einmal zusammen. Viele Internetinnovationen stärken den Bürger, indem sie belastbare Werkzeuge für Ausdrucksfreiheit und Zugang zu Informationen grenzüberschreitend bereitstellen. Um dieses Potenzial zu erhalten und weiter zu entwickeln, sollten Regierungen, Unternehmen und Zivilgesellschaft gemeinsam in Multi-Stakeholder Governance Institutionen zusammenarbeiten, wie immer sie auch aussehen mögen.

Ich denke, das Experiment der ersten fünf Jahre hat uns einiges gelehrt. Wir sind gerade einmal zehn Jahre alt und das klingt natürlich nach langen Zeiträumen. Andererseits ist Internet 'here to stay' und insofern ist es auch sinnvoll, sich den etwas schwierigeren Aufgaben zu stellen, die dann etwas länger dauern und Koordinationen auf verschiedensten Ebenen mit verschiedensten Akteuren nötig machen.

Prof. Krcmar:

Herzlichen Dank. Sie haben uns neue Aufgaben gegeben, die den Bereich der Multi-Stakeholder Koordination mit weiteren Themen versehen.

Herr Johannes Martens ist mir bekannt als Student des Center für Digital Technology and Management, einer Brutstätte für internetbasierte Innovationen beider Münchner Universitäten. Auch wieder Multi-Stakeholder, da weiß man nie, wem das Center eigentlich

gehört. Deswegen haben sie sich auch ein mehrfarbiges Logo schaffen müssen, die eine Münchner Uni macht in grün, die andere in blau, also haben sie das durch Farbverläufe geschickt hinbekommen. Diese Gründer hießen einmal Aloqa und machen location based Services. Sie erinnern sich, dass man damit immer herausfinden kann, wo Sie sich gerade aufhalten. Es hört sich toll an, wenn man das in einer Notlage betrachtet. Es hört sich fürchterlich an, wenn Sie nicht sagen wollen, wo Sie gerade sind. Insofern haben Sie eine Menge an Datenschutzfragen. Ich würde jetzt gern von Ihnen wissen, wie es Ihnen mit der Idee ergangen ist und welche neuen Innovationen Sie uns mit bringen.

Herr Martens:

Ich bin zwar unter der Fahne der Motorola Mobility hier, möchte aber hauptsächlich über unsere Erfahrungen während der Zeit des Start-ups als Aloqa berichten. Wir sind vor wenigen Monaten von Motorola übernommen worden. Ich möchte über ortsbezogene Dienste sprechen. Da gibt es eine Vielzahl von Diensten. Klassischerweise kennt man solche Dienste wie Google Maps, die basierend auf der eigenen Position Informationen über POIs oder Veranstaltungen in der Nähe bieten. Es gibt aber auch eine Großzahl von neuartigen Diensten, die man sogenannte Community LBS oder Mehrbenutzerdienste nennt. Da geht es insbesondere darum, die eigene Ortsinformation mit Freunden oder auch Unbekannten zu sharen bzw. auch Empfehlungssysteme aufzubauen, d.h. dass Ihnen in Zukunft das Smart Phone mitteilt, wo die interessantesten Plätze ganz genau für Sie sind. Das erfordert natürlich eine gewisse Datensammlung, welche Plätze Sie in der Vergangenheit interessant gefunden haben, wo Sie sich besonders lange aufgehalten haben und ähnliche Informationen. Diese Informationen können alle eine positive Seite haben und das Leben sehr einfach machen. Man muss nicht lang nach einem Restaurant oder anderen Diensten suchen. Man weiß sofort, wo die Freunde sind und man sich treffen kann. Auf der anderen Seite werfen sie aber große Datenschutzherausforderungen auf.

Als wir 2007 Aloqa gegründet haben, gab es in Deutschland ganz unterschiedliche Rechtssituationen. Es gibt das Telekommunikationsgesetz, das exakt beschreibt, was ich als Netzbetreiber mit Standortdaten tun darf. Es gibt bestimmte Opt-in Lösungen, in dieser Richtung ist viel unternommen und spezifiziert worden. Allerdings ist die Realität, die Technik, daran vorbeigezogen. Ein Großteil der heutigen Dienste läuft rein auf dem Smart Phone selber ab. Mittlerweile können Sie auf dem Gerät auch ohne GPS über eine Ortung, über die Funkstationen von WLAN oder Mobilfunknetzen direkt im Hintergrund am Endgerät die Ortung durchführen, d.h. nicht einmal der Anwender muss zwingend mitbekommen, dass gerade im Hintergrund eine Anwendung auf seinem Smart Phone läuft. Und Sie haben Zugriff auf den kompletten Datensatz. Dazu gibt es aktuell keinerlei Regelungen. Auch das Datenschutzgesetz lässt sich dazu nicht exakt aus, spricht lediglich von Nutzdaten und man soll bitte nur so viele Nutzdaten verwenden oder erheben, wie man auch für den Dienst benötigt. Bei einem Empfehlungsdienst kann man argumentieren, dass man sämtliche Nutzdaten verwenden möchte, weil man dadurch einen großen Index aufbauen kann, um eine sehr gute Empfehlung abgeben zu können.

Das Beispiel, das Herr Staatssekretär Otto vorher erwähnt hat, illustriert diese Schieflage sehr gut. Wir haben uns damals immer gewundert, warum so viel über Street View diskutiert wurde, wobei wir hier das Problem eigentlich viel schlimmer sehen. Wir bei Aloqa anonymisieren die Daten, wir nehmen also keine Namen zu den Positionsdaten mit auf. Allerdings ist das klassischerweise keine Anonymisierung sondern eher eine Pseudonymisierung, weil man weiterhin aufgrund von Aufenthalt und Aufenthaltsdauer natürlich Rückschlüsse auf die Arbeitsstätte, das private Haus und den Weg zur Arbeit ziehen

kann. Daraus kann man relativ schnell mit nur wenigen Datensätzen ziemlich genau auf eine Person rückschließen.

Aus diesem Grund sehen wir dieses Thema als sehr dringend an. Als Start-up haben wir uns offen gesagt damals sehr wenig mit Datenschutz beschäftigt, allein weil wir durch diese verschiedenen Gesetzeslagen gesehen haben, dass in den verschiedenen Ländern, da man ja heutzutage den Dienst eigentlich gleichzeitig sowohl in Europa als auch in den USA anbieten muss, um auf dem Markt überhaupt bestehen zu können, dieses Thema für uns viel zu komplex war. Das Einzige, was wir aus unserer technischen Expertise von Anfang an behandelt haben, ist, dass wir Privacy oder Datenschutz nicht als etwas gesehen haben, worüber man später einmal, wenn man erfolgreich ist, einen weiteren Mantel setzt, sondern dass man versucht, es gleich von Anfang an bei der Entwicklung des Systems zu berücksichtigen. In unserem konkreten Fall heißt das, dass wir versucht haben, möglichst wenig Daten an unsere Server zu schicken, um weniger Begehrlichkeiten zu wecken gegenüber dem Datensatz, den wir da vorhalten. Anders gesagt, haben wir aus technischer Sicht einen größeren Bereich Daten an das Endgerät geschickt, damit das Endgerät selber auswählen kann, wo ich mich exakt befinde. Wir haben zusätzlich zu der Pseudonymisierung der Information auch noch ständig ungenaue Positionsdaten verwendet, um so ein Tracking nicht zu ermöglichen. All dies sind Eigenschaften, die man gleich bei der Konzeption des Dienstes berücksichtigen muss, weil man diese später nicht einfach zusätzlich nachrüsten kann.

Jetzt komme ich zu den Themen, die ich für die verschiedenen Teilnehmer hier bezüglich des Datenschutzes sehe. Ich sehe sowohl, dass der Gesetzgeber schon auch gefordert ist, Rahmenbedingungen im Datenschutzgesetz neu zu überdenken und zumindest der technischen Entwicklung anzupassen. Aus unserer Sicht ist es so, dass man auf bestimmte Punkte wie die Ortung durch den Netzbetreiber ganz speziell eingegangen ist, aber einen großen Teil ausgelassen hat. Gleichzeitig ist es natürlich an den Unternehmen, selber durch ein Konzept, wie z.B. ein Kodex oder ähnliches, dort für Sicherheit und Nutzerakzeptanz zu sorgen. Aktuell kippt die Stimmung in diesem Bereich. Nachdem die early Adapters sich gefreut haben, immer zu wissen wo ihre Freunde sind, realisieren die Personen langsam auch, dass es auch Probleme geben kann, wenn die Frau oder Freundin feststellt, wo man sich gerade aufhält und am Telefon gerade etwas anderes behauptet hat. Das führt dazu, dass wir im Start-up uns auch damit beschäftigt haben, wie man denn lügen kann, wie man das System so aufbauen kann, dass man eine Lüge aussprechen kann. Kann das System einem helfen, dass es z. B. nicht sinnvoll ist, dem Chef zu sagen, dass man im Büro wäre und der Chef gerade vor dem eigenen Büro steht? Dass die Dinge sozusagen angepasst werden. In dem Bereich gibt es dazu viele wissenschaftliche Aufsätze. Das ist ein Punkt, der unser komplettes Leben durchdringt, da das Smart Phone ein sehr persönliches Gerät ist. Hier ist auch gefordert, dass Unternehmen nicht nur Datenschutz als ein notwendiges Übel ansehen sondern vielleicht sogar wirklich als ein Alleinstellungsmerkmal. Ganz konkret kann ich aus unserer Erfahrung erzählen. Weil wir uns mit Privacy von der technischen Seite relativ viel beschäftigt haben, war das ein großer Punkt, warum wir später von Motorola übernommen wurden. Dort wird nämlich gesehen, dass man dadurch eine Value Proposition gegenüber anderen Mitbewerbern hat und ein System, das gleichzeitig den Dienst erbringen kann, aber dennoch nicht zu stark in die Privatsphäre eingreift.

Der letzte Punkt - das sehe ich eher im Spannungsfeld zwischen Unternehmen und dem eigentlichen Nutzer - ist überhaupt, die Transparenz zu schaffen, d.h. auch als Unternehmen mutig dem eigenen Nutzer zu sagen, was man mit den Daten macht und das Ganze vor allem verständlich zu erzählen. Ich habe mir viele Dienste angeschaut und es gibt da Privacy

Policies, die sich über zehn Seiten erstrecken, die keiner liest geschweige denn versteht. Nicht einmal uns war es möglich, mit unserem technischen Verständnis zu verstehen, was der Dienst eigentlich mit den Daten macht. Da könnte es vielleicht helfen, mit einer einfachen Klassifikation zu sagen, welche Daten erfasst werden und dies in einer für normale Menschen verständlichen Sprache zu formulieren. Wenn man dies festhalten kann, gelingt es uns auch weiterhin das Vertrauen der Nutzer für solche Dienste zu gewinnen, von denen wir immer noch glauben, dass sie sehr hilfreich im täglichen Leben sind.

Prof. Krcmar:

Herr Martens, herzlichen Dank. Gibt es eine Frage dazu?

Dr. Klumpp:

Auf meinem altehrwürdigen Handy habe ich gerade (nach sechsmal Null und Stern) die „GSM Tracks“ und dort den Location Area Code aufgerufen. Wir sind jetzt hier im Berliner LAC 3006 und die Nachbarzellen C1 und C2, gestatten – nur mit GSM – eine auf 30 m genaue Ortsbestimmung. Das dürfte also hinkommen. Ich selbst habe kein Problem damit. Ich bin seit fast zwei Jahren einer von 18 natürlich „freiwilligen“ Teilnehmern an einem Tracking Experiment. Es ist sogar eher peinlich für mich, dass mein Tracking immer mit meinem Terminkalender übereinstimmt. Ich hätte lieber mal ein paar Freizeitgeheimnisse gehabt. Und so haben alle hier im Saal gewiss auch kein Problem damit. Haben wir vielleicht dafür eine Erklärung, warum diese Geräte in Teheran, in Peking und an anderen Stätten so beliebt sind? Und zwar bei denen, die an diesem freiwillig aktivierten Dienst Interesse haben, nur um mal zu gucken, wo jemand ist. Mithilfe seines Handy kann man feststellen, ob jemand nachts durch einen See schwimmt und eine unter eine Hausarrest bestehende Persönlichkeit besucht. Es kommt so selten vor wie eine „Silent SMS“, es ist aber gut, wenn man so etwas weiß. Die grundsätzliche Frage für Location Based Services ist, ob wir eine Alternative haben, als 24 Stunden am Tag unseren Aufenthaltsort als Datenpaket mitzuschleppen? Und sollte man so etwas nicht einmal überlegen und vielleicht in den Ländern, wo es schlimmer ist als bei uns mit dem Überwachen und jemandem Nachgehen, das technisch tatsächlich einmal vor diesem Hintergrund anschauen?

Herr Martens: .

Absolut. Das Problem auf der anderen Seite ist natürlich, ob wir erreichbar sein wollen. Das Telefon soll klingeln, wenn uns jemand anruft. Da gibt es gewisse technische Herausforderungen. Man hat sich damit beschäftigt, ob man diese Bereiche vergrößern kann, um nicht auf 25 m zu kommen, sondern dass man einfach die Funkzellenortung erweitert. Ich sehe hier kein direktes Interesse des Mobilfunkbetreibers eine Änderung herbeizuführen. Aber mit GPS oder anderen endgerätbasierten Ortungsverfahren haben Sie die Kontrolle, d.h. in dem Moment, in dem Sie GPS und WLAN / Cell ID ausschalten kann keine lokale Anwendung Sie tracken. Allerdings haben wir immer noch den Netzbetreiber, der weiterhin weiß, wo Sie sich aufhalten, weil Ihr Gerät immer noch im Mobilfunknetz angemeldet ist. Die letzte Option ist einfach das Handy auszuschalten. Dann haben Sie die Kontrolle und der Netzbetreiber kann Sie nicht mehr orten. Es stimmt so leider auch nicht mehr. Es gibt etliche Geräte auf dem Markt, die trotzdem weiterhin eingebucht bleiben, obwohl man sie ausschaltet. Natürlich müsste man an diesen Punkten ansetzen. Allerdings sehe ich es als relativ schwieriges Feld für Verbesserungen. Der Hauptpunkt ist meiner Ansicht nach, mehr Kontrolle an den Nutzer zu geben, dass er wirklich weiß, was jetzt gerade passiert, was über ihn erfasst wird. Die Ortung komplett zu verhindern und gleichzeitig die Basisfunktionalität des Handys, wie z.B. telefonieren aufrecht zu erhalten, sehe ich eigentlich als fast ausgeschlossen.

Prof. Krcmar:

Herzlichen Dank. Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass die vorhin beschriebenen technischen Architektureigenschaften des Internet die Kontrolle erschweren. Bei anderen Architekturen ist es schwerer, die Kontrolle irgendwie wegzubekommen, denn in dem Moment, wo Sie doch erreichbar sein wollen, müssen zumindest zum Gerät, egal wie eng es an Sie geknüpft ist, ein paar Informationen vorliegen und unbegrenzte Neugier holt sich diese Daten.

Herr Dr. Riedl ist bei Holzbrinck, er ist der CEO der VZnet Netzwerke. Jetzt haben wir an der Stelle immer über das andere soziale Netzwerk gesprochen, aber die Faszination mit sozialen Netzwerken hängt eigentlich an der Frage, was da alles bereitgestellt wird und welche Mechanismen funktionieren. Ich kam heute etwas später hierher, weil wir in den letzten acht Jahren ein Netzwerk von Chief Information Officers, genannt CIO-Circle, aufgebaut haben. Das sind zwar nur 900 Mitwirkende, aber die sind ganz aufgelöst, dass diese nicht ganz so klare hierarchische Struktur zu verschiedensten kommunikativen Verbindungen führt. Man kann nicht nur Revolutionen in Ägypten anzetteln, sondern sich auch gegen Lizenzbestimmungen großer Softwarehersteller wehren. Das geschieht genauso auf solchen Plattformen. Herr Riedl, welche neuen Innovationen bringen Ihnen welche Abwägungsprobleme?

Dr. Riedl:

In diesem Kontext würde ich gerne über die Themenbereiche Governance, staatliche Regulierungsbehörden und Datenschutz sprechen. Ich darf heute die VZ-Netzwerke, ein Unternehmen in Berlin, Prenzlauer Berg repräsentieren. Wer sind wir und was machen wir? Wir sind Deutschlands größtes Social Network mit rund 300 Mitarbeitern. Uns gibt es seit fünf Jahren und wir betreiben drei Plattformen – schülerVZ, studiVZ und meinVZ. Wir haben ein enormes Wachstum hinter uns: Aktuell sind bei VZ etwas über 17 Millionen Mitglieder registriert und es kommen nach wie vor täglich ca. 10.000 neue Nutzer hinzu. Darauf sind wir sehr stolz, denn es ist hier in Deutschland nicht gerade einfach neben amerikanischen Wettbewerbern einen solchen Dienst profitabel zu betreiben. Warum das sehr viel mit den Themen zu tun hat, die wir heute angesprochen haben, möchte ich Ihnen jetzt erläutern.

Dazu stelle ich kurz die Marktverhältnisse der Social Networks dar: facebook, das weltweit größte Social Network, hat seit kurzem auch hier in Deutschland die Marktführerschaft übernommen. Dennoch halten sich bislang die anderen lokalen Player – wie wir als Nummer 2 – mit mehrere Millionen Usern ebenfalls sehr gut im Markt. Warum aber sind die Bedingungen für die deutschen Unternehmen so schwierig? Das Datenschutzgesetz und die Rolle der Bundesregierung spielen hierbei eine zentrale Rolle – nicht nur für die VZ-Netzwerke, sondern für die gesamte deutsche IT-Branche. Das Kernproblem ist, dass die Gesetze und Regelungen für die Marktteilnehmer keineswegs gleich sind und damit eine massive Wettbewerbsverzerrung vorliegt – zugunsten der amerikanischen Unternehmen. Diese Schieflage ist aus unserer Sicht skandalös und benachteiligt die deutsche Internetindustrie in einem ganz erheblichen Maße.

Wie sehen diese ungleichen Bedingungen genau aus? Dazu zunächst etwas zum Datenschutz in Deutschland: Datenschutz hat hier einen besonders hohen Stellenwert. Das hat viel mit historischen Begebenheiten wie beispielsweise dem großen Protest gegen die deutsche Volkszählung in den 80er Jahren zu tun. In kaum einem anderen Land gibt es strengere Datenschutzgesetze. Auch die zahlreichen Behörden, die sich mit Gesetzen und dem Einhalten zum Schutz der Daten auseinandersetzen spiegeln diese hohe Bedeutung wider. Das mag man gut finden oder nicht. Fakt ist: Alle deutschen Unternehmen müssen sich

selbstverständlich und vollkommen zu Recht an diese Gesetze halten. Tun sie es nicht, müssen sie mit hohen Strafen und Imageschäden rechnen. Das große Problem ist jedoch, dass sich ausländische bzw. amerikanische Anbieter, die sich an deutsche Verbraucher richten, nicht an das deutsche Datenschutzgesetz halten müssen, denn: Sie können in letzter Konsequenz nicht dafür belangt werden, wenn sie gesetzeswidrig handeln. Mit anderen Worten: Die deutsche Regierung hat es versäumt, ihre eigenen Gesetze in diesem Bereich anwendbar und durchsetzbar zu gestalten. Das ist sowohl für die deutschen IT-Unternehmen und ebenso für die Verbraucher ein Skandal. Dem deutschen Bürger wird dadurch ein Schutzniveau suggeriert, das es de facto im Internet nicht gibt. Deutsche Nutzer surfen schließlich täglich auf amerikanischen Anbieterseiten wie Google, Youtube oder facebook und wissen dabei nicht, dass es hier einen erheblich geringeren Schutz für sie bzw. ihre Daten gibt. Die deutsche Bevölkerung hat das Gefühl, dass es irgendwo da oben ein paar Leute gibt, die aufpassen. Die Bürger wissen dabei nicht, dass dies nur dann gilt, wenn sie Internetseiten deutscher Betreiber ansteuern. Steht der Server des jeweiligen Unternehmens woanders, besteht keine wirkliche Zuständigkeit der deutschen Behörden.

Ich möchte noch einmal betonen, dass ich mit dieser Faktendarstellung ausdrücklich kein „Bashing“ gegen amerikanische Anbieter betreiben möchte. Darum geht es überhaupt nicht. Es ist sogar verständlich, wenn sich diese Unternehmen nicht an unsere Gesetze halten. Sie müssen es in letzter Konsequenz nicht und kommen zudem aus einem Land, in dem anderen Gesetze herrschen und in dem man ein anderes Verständnis zu diesem Thema hat. Warum soll YouTube GEMA-Gebühren bezahlen, wenn sie es gar nicht durchgesetzt bekommen? Kein anderes deutsches Unternehmen kann Musikvideos anbieten. Das ist nicht möglich. Warum soll ein Amerikaner freiwillig mehrere Millionen an eine deutsche staatliche Institution bezahlen? Wenn sie es nicht wirklich müssen, kann man diesen Unternehmen letzten Endes nichts vorwerfen.

Das Problem liegt ganz eindeutig bei der deutschen Politik, die einen verzerrten Wettbewerb zum Nachteil ihrer eigenen IT-Industrie geschaffen hat. Dieser Nachteil ist vor allem in unsere Branche – in der es ja nun mal vorwiegend um die Daten und den Umgang mit Daten geht – erheblich. Dazu ein paar Beispiele:

In Deutschland ist eine generelle Weitergabe der Daten an Dritte ohne eine Einwilligung nicht möglich bzw. per Gesetz verboten. In Amerika nicht. Wenn Sie an Werbekunden, Kooperationspartner oder App-Anbieter denken, ist das natürlich ein erheblicher Wettbewerbsvorteil für amerikanische Anbieter. Sogar das Recht am eigenen Bild gibt es bei einigen amerikanischen Anbietern hier in Deutschland nicht. Sie als Verbraucher können also nicht verlangen, dass ein Bild von Ihnen bei diesem Dienst entfernt wird. Als deutsches Unternehmen müssen Sie hingegen für jedes erdenkliche Thema, sofern Sie Daten weitergeben, eine spezifische Einwilligung verlangen. Das ist im Gesetzesrahmen so geregelt. In Deutschland haben Sie zudem jederzeit ein Widerrufsrecht. Sie können demnach jederzeit sagen, dass Sie etwas nicht möchten, was Sie zu einem früheren Zeitpunkt genehmigt haben. In Amerika geht das nicht. Ich kann Ihnen heute klar sagen: wenn ein Dienst wie Facebook dem deutschen Datenschutzgesetz mit allen Konsequenzen zu unterliegen hätte, könnte Facebook seine Plattform – so wie sie momentan existiert – hier in Deutschland nicht weiter betreiben. Elementare Dinge, die für uns ganz tief verankert sind, wie eben das Recht am eigenen Bild oder die Notwendigkeit der Einwilligung bei der Weitergabe von Daten an Dritte sind dort nicht ansatzweise integriert.

Wie schon gesagt, liegt das Problem aber nicht bei denen, sondern auf deutscher Seite. Hier auf deutscher Regulierungsbehördenseite ist das Datenschutzgesetz im Internet das einzige Verbraucherrecht, das nicht verbraucherorientiert, sondern herkunftslandbezogen ist. Das ist im Grunde vergleichbar mit einem amerikanischen Autohersteller, der Fahrzeuge für den deutschen Markt produziert, sich aber nicht an die hier vorherrschenden Sicherheitsanforderungen halten muss, nur weil das Auto in Detroit hergestellt wurde. Das ist aus unserer Sicht nicht nur skandalös, sondern auch absurd.

Noch absurder wird es, wenn man beobachtet wie die deutsche Politik mit dieser Problematik umgeht. Politiker springen sofort auf jedes Thema auf, dass medial für große Aufmerksamkeit sorgt, ohne aber das Grundproblem, das ich hier erläutert habe, zu lösen. Ein gutes Beispiel dafür ist der mediale Hype um das Phänomen „Google Street View“. In jeder Tageszeitung, auf allen Kanälen und sogar in den Nachrichten war „Google Street View“ über mehrere Tage das Topthema überhaupt. Ich kann Ihnen ganz kurz den medialen Mechanismus erklären, wie das funktioniert und warum so etwas in Deutschland zum Thema wird. Ganz einfach: Die deutschen Datenschutzbehörden können im Grunde nichts tun, wenn sich ein amerikanischer Betreiber, der seine Server nicht hier stehen hat, gesetzeswidrig verhält. Im Fall von „Google Street View“ waren aber die entscheidenden Geräte, die zum Einsatz gekommen sind – nämlich mobile Kameras – hier vor Ort in Deutschland unterwegs. Ein absoluter Einzelfall, auf den die deutschen Datenschutzbehörden, die damit endlich einen Fall hatten, der in ihren Zuständigkeitsbereich fiel, mit vollem Einsatz losgegangen sind und der medial unglaublich gepusht wurde. Dem Bürger sollte damit suggeriert werden: So etwas ist hier in Deutschland nicht möglich. Google lenkte dann ein und jeder, der sein Haus unkenntlich machen wollte, konnte sich bei Google melden. Die Grundprobleme, nämlich ungleichen Marktbedingungen einerseits und Intransparenz für den deutschen Nutzer andererseits, wurde damit keineswegs gelöst. Zudem hat der Fall „Google Street View“ noch etwas anderes gezeigt, nämlich dass die mediale und reale Ebene in der Bevölkerung zwei ganz unterschiedliche Paar Schuhe sind. Am Ende waren es nämlich nicht einmal 250.000 Nutzer, die sich bei Google über deren Vorgehensweise beschwert haben. Das Ganze war also in der Bevölkerung überhaupt kein Thema. Für die Datenschützer aber natürlich schon. Das ist auch in Ordnung, weil auch sie von der Politik im Stich gelassen werden.

Wie schätzen wir die Situation ein? Um was geht es eigentlich? Freiheit, Selbstkontrolle? Wirtschaftlich gesehen geht es letzten Endes um den deutschen Werbemarkt im Internet, der bislang ein lokaler war und über den sich lokale Medien refinanziert haben. Deutschland ist dabei nicht irgendein Land, sondern einer der wichtigsten Märkte überhaupt. Unser Werbemarkt ist mit 20 Milliarden Euro der drittgrößte und einer der lukrativsten Märkte der Welt. Von den gesamten Online-Spendings, die es in Deutschland im Werbemarkt gibt, gehen heute rund 50 % an nur eine Firma, nämlich an Google. Die anderen 50 % teilen sich die verbleibenden Anbieter. Es geht also um einen relevanten Markt um die gesamte Internetbranche, die überall auf der Welt rasant an Bedeutung gewinnt. Zweitens geht es um Transparenz für die Nutzer, die sich jeden Tag im globalen Netz bewegen.

Die Bundesregierung muss dringend an der grundsätzlich wichtigsten Frage für den deutschen Markt und ihre Verbraucher arbeiten: Welches Daten-Schutzniveau wollen wir in Deutschland haben? Wollen wir an unserem sehr hohen Standard festhalten oder nehmen wir davon Abstand und setzen das Schutzniveau runter? Fest steht in jedem Fall, dass die Regelungen und Gesetze für *alle* Marktteilnehmer die gleichen sein müssen. Und diese müssen anwendbar und durchsetzbar sein – und zwar für alle, die sich an deutsche Verbraucher richten. Nur dann ist ein fairer Wettbewerb und Transparenz für die Nutzer überhaupt möglich.

Heute ist es aber so: Die Bundesregierung hat ein Schlaraffenland für amerikanische Player in unserem Markt geschaffen und gleichzeitig Innovation deutscher Unternehmen behindert. Das ist unsere Position. Ich weiß, dass diese Tatsache nicht sehr angenehm zu hören ist, denn man kann es kaum glauben. Es ist aber de facto so und ich würde mich daher sehr freuen, wenn wir nachher zu dieser Thematik diskutieren könnten.

Prof. Krcmar:

Herr Riedl, herzlichen Dank. Wir nehmen jetzt zwei Fragen.

Prof. Thielmann:

Herr Riedl, ich habe eines nicht verstanden. Sie haben vorhin gesagt, dass Ihr Unternehmen das zweitgrößte soziale Netz in Deutschland ist mit erheblichen Zuwachsraten und dann haben Sie ein Plädoyer gegen den Datenschutz gehalten. Wo sind Ihre Hinderungsgründe in Deutschland, bei dem Wachstum, das Sie haben?

Dr. Riedl:

Wir halten kein Plädoyer gegen den Datenschutz. Da habe ich mich falsch ausgedrückt. Wir sind als deutsches Unternehmen für den deutschen Datenschutz und bieten darüber hinaus noch jede Menge weitere Sicherheitsmaßnahmen für unsere Nutzer. Was wir dringend fordern sind gleiche Bedingungen, Regeln und Gesetze für *alle* Marktteilnehmer, sei es im Rahmen des hohen Schutzniveaus, das wir jetzt haben oder aber auf einer anderen Ebene. Das muss man bzw. die Bundesregierung dringend diskutieren. Wir haben den Standpunkt, dass der Staat die Aufgabe hat, einen einheitlichen Rechtsrahmen zu schaffen, für die Unternehmen und für die Bürger. Und nicht leere Hülsen wie Internetgesetze oder Datenschutzstiftung, die immer wieder dieselben treffen, nämlich die deutschen Internetbetreiber, die ohnehin hier sehr aktiv sind. Die anderen freuen sich natürlich darüber und fragen sich, mit wie viel Inkompetenz eigentlich hier gearbeitet und diskutiert wird.

Ich möchte nicht verhehlen, dass unser Unternehmen in diesem Wettbewerb trotz eines glorreichen Wachstums vor einer riesigen Herausforderung steht, um sich langfristig unter diesen ungleichen Rahmenbedingungen zu behaupten. Ich möchte an dieser Stelle klar sagen, dass es natürlich nicht ausschließlich an den Bedingungen und dem Datenschutz-Problem liegt. Sehr viele Themen sind auch in anderen Bereichen, und zwar in den eigenen Bereichen und Entwicklungen zu verantworten. Doch das Thema heute Abend ist nun einmal Regulierung - deswegen habe ich mich genau darauf konzentriert. Dazu noch ein Beispiel, um Ihnen besser zu erklären, warum die erläuterte Problematik durchaus ein großes Thema für uns ist: Wir haben bis 2009 Facebook relativ gut aus dem deutschen Markt herausgehalten. Facebook gibt es genauso lange wie uns oder noch etwas länger. Es ist nicht so, dass es ein neues Phänomen ist, so wie das jetzt medial begleitet wird. Facebook hat 2009 angefangen Daten bzw. Schattennetzwerke über Bürger in Deutschland anzulegen, in dem sie die Adressbücher ihrer bestehenden Nutzer in Deutschland einfach kopiert haben, sei es über iPhone, Verteiler oder Email. Die Email-Adressen haben sie dann verwendet, um in massivem Maße Einladungen direkt an diese Personen zu verschicken mit Informationen darüber, wer bereits aus dem jeweiligen Bekanntenkreis bei Facebook aktiv ist. Eine einfache Methode, um in kurzer Zeit zahlreiche neue Mitglieder zu bekommen. Eine solche Methode wäre aber bei uns vollkommen undenkbar. Das ist aber nur ein Beispiel. Ich könnte ihnen noch andere Länder nennen, wo dieses Verfahren angewendet wird. Ein hoch aggressiver Konzern versucht natürlich in seinem globalen Wettbewerb - in diesem Fall vor allem gegen Google durchzukommen. Ich möchte jedoch nicht als der generelle US-amerikanische Internetkonzern-Basher gelten, sondern nur erläutern, warum die ungleichen

Marktbedingungen für uns so ein großes Problem darstellen. Ich habe schon mehrmals erwähnt, dass diese Problematik nicht bei den Unternehmen, sondern der deutschen Regierung liegt. Ich möchte an dieser Stelle auch sagen, dass wir eine tolle Allianz mit Google haben, die für uns freie Netzwerke wichtige Technologien bereitstellen, um eben nicht ganz eigennützig versuchen dagegenzuhalten. Die Internetbranche ist derzeit immer noch eine Art „Cowboy Branche“, die von der deutschen Politik kaum richtig verstanden wird. Leider sind die deutschen IT-Unternehmen von der eigenen Regierung in diesem Kampf ein bisschen im Stich gelassen worden.

Dr. Osthaus:

Ich komme von der 1&1 Internet AG, eines der führenden deutschen Internet-Unternehmen. Mit der Marke 1&1 selbst bieten wir TK-Dienstleistungen und sind eines der weltgrößten Hosting-Unternehmen. Mit den Marken WEB.DE und GMX sind wir Deutschlands größter Mailedienstleister; daneben bieten wir viele andere Internetdienstleistungen „made in Germany“.

Zunächst einmal vielen Dank an Sie, Herr Riedl, dass Sie die Herausforderungen durch unterschiedliche Datenschutzstandards und die Frage nach dem anwendbaren Recht einmal so offen und deutlich angesprochen haben, denn dies ist tatsächlich ein Thema. Wir haben hier eine klare Wettbewerbsverzerrung. Wir haben in Deutschland bereits ein hohes Datenschutzniveau, was auch eine gute Sache ist. Wir haben außerdem, Sie haben auch das angesprochen, eine gewisse Tendenz der deutschen Politik, im Zweifel draufzusatteln. Dabei ignoriert man oft, dass man so das eigentliche Problem gar nicht lösen wird, weil die, die man treffen will, gar nicht getroffen werden, denn für sie ist das, was geregelt wird, doch wieder nicht anwendbar. Insofern ist es eine wichtige Aufgabe, dass man hier andere Wege finden muss. Darauf zielt meine Frage. Welche anderen Wege kann man denn finden? Oft wird dann gesagt: „Nutzt den hohen Datenschutzstandard doch kommunikativ als Vorteil! Ihr seid eben besser, weil ihr guten Datenschutz bietet.“ Wie sind die Erfahrungen bei StudiVZ mit dem Versuch, diese Vorteile zu kommunizieren in dem Sinne: „Kommt doch zu uns, nutzt uns als soziales Netzwerk, weil wir einen super Datenschutz bieten.“?

Zweite Frage: Wie sieht es hier mit dem Potenzial von Selbstregulierung aus?

Selbstregulierung hat natürlich den schönen Vorteil, dass sich die Frage nach einem anwendbaren Recht gar nicht mehr stellt, sondern einfach ein Standard im Markt etabliert werden kann, an den sich dann die im Markt beteiligten Akteure halten, egal von wo sie kommen. Wenn es also gelingt, die Selbstregulierung und die Beteiligung an der Selbstkontrolle tatsächlich zu einem Standard zu machen, ohne den man letztlich nicht mehr erfolgreich im Markt unterwegs sein kann - ist das ein Weg, mit dem man dieses Problem in den Griff bekommt?

Dr. Riedl:

Vielen Dank und ein großes Kompliment an Ihr Unternehmen, das einen ausreichend tollen Job macht. Nein, ich glaube ehrlich gestanden nicht, dass das unsere Position ist. Wir glauben, dass sehr viel mit dem Thema Selbstregulierung schlicht abgelenkt wird von einem ganz einfachen Fakt...oder ich sage es anders herum. Ich werde oft eingeladen, auch gemeinsam mit Ihrem Unternehmen, zu sogenannten Roundtable-Gesprächen in Ministerien. Da geht es immer um die eigene Verantwortung der Unternehmen und darum, was man selber tun kann und müsste. Ich möchte sagen, dass wir von VZ extrem viel in diesem Bereich tun – an den Schulen, mit den Lehrern und auch auf der Plattform selber. Wir alle nehmen also unsere Verantwortung sehr ernst. Der Einzige, der nicht seine eigene Verantwortung wahrnimmt, ist die Bundesregierung selber, die Gesetze zu machen und darauf zu schauen hat, dass sich alle

daran zu halten haben. Warum haben wir im Datenschutz denn so eine komische Debatte um Selbstverpflichtung oder Selbstregulierung? Das ist genau das gleiche, als wenn sich jeder seine Straßenverkehrsordnung ein bisschen selbst aussucht. Hier muss die Regierung dringend handeln. So einfach ist das.

Prof. Krcmar:

Herr Riedl, jetzt bringen Sie mich in ein echtes Abwägungsproblem. Ich spüre, wir könnten da noch wesentlich weiter machen. Ich weiß aber, dass Sie alle die Fragen für später aufgeschrieben haben und ich weiß, dass Herr Tesch in Vorgesprächen darüber gesprochen hat, dass er gern ein neues Datenschutzrecht hätte. Das könnte hier einigermaßen passen. Ihnen, Herr Riedl, danken wir erst einmal.

Ich würde Ihnen gern als nächsten Redner Herrn Henrik Tesch vorstellen. Er ist über diverse öffentliche Aufgaben insbesondere in Sachen-Anhalt über Cisco zu Microsoft gekommen, seit 2005 Director Citizenship Corporate Affairs. Bitte sehr!

Herr Tesch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich überlege, was ich Ihnen sagen soll. Nach dem, was wir gerade gehört haben, muss ein Unternehmen wie Microsoft hier im Datenschuttschlaraffenland leben. Wir müssen uns an nichts halten. Wir haben unsere eigenen Regeln und eigentlich müsste es uns hervorragend gehen. Es ist nicht so, und ich möchte gerne ein paar Ausführungen dazu machen, welche Themenbereiche uns als Unternehmen betreffen und auch wie unsere Ansatzpunkte sind.

Wir haben vor einigen Wochen auf der CeBIT eine Initiative „Chancenrepublik Deutschland“ gestartet. Chancenrepublik Deutschland deshalb, weil wir sehen, dass wir in Deutschland eine Diskussion über IT, über Innovationen haben, die aus unserer Sicht nicht in die richtige Richtung geht. Wir haben im Vorfeld mit TNSM Net eine repräsentative Umfrage gemacht u. a. mit dem Thema „Wie seht ihr in Deutschland das Thema Innovation?“ Das Ergebnis war nicht weiter überraschend. Es war nur in der Höhe derer erschreckend, die gesagt haben, dass Deutschland kein innovationsfreundliches Land mehr ist, nämlich 80 %. In den weitergehenden Fragen haben wir herausbekommen, dass sie das nicht gesagt haben, weil sie der Meinung waren, dass Deutschland keine Land der Erfinder mehr ist. Es hat jeder anerkannt, dass wir nach wie vor die größte Zahl der Patente weltweit haben, sondern es ging darum, dass die Rahmenbedingungen dafür, Erfindungen in Deutschland umzusetzen, Innovationen zu leben, nicht mehr da sind. Solche Aussagen und Situationen dürfen uns – und Microsoft Deutschland ist im Übrigen ein deutsches Unternehmen, wie viele andere Unternehmen ausländischer Art hier in Deutschland mit klaren Niederlassungen und vielen Tausenden Angestellten tätig sind auch - nicht kalt lassen. Was wir auch in dieser Befragung und den Nachfragen gesehen haben, ist es eine Minderheit von Menschen, die die öffentliche Meinung und damit auch das Verständnis prägen über Gefahren und die ganzen nebulösen Dinge, die das Internet so bietet.

Wenn wir uns die hysterische, manchmal sogar groteske Diskussion angucken, die wir in den letzten 18 Monaten in Deutschland zum Thema Internet und Datenschutz beispielsweise hatten, kann man nachvollziehen, dass es eine große Verunsicherung der Verbraucherinnen und Verbraucher hier in diesem Land gibt. Cloud Computing – ganz schlimm! Länderübergreifender Datenaustausch geht schon gar nicht! Lieber machen wir es in Deutschland nicht, als dass wir die Chancen nutzen, weil möglicherweise 1 % Unsicherheit besteht. Geodaten – um Himmelswillen! Wir wollen doch wirklich keine Häuserfassaden abgelichtet bekommen! Das ist ein so privates Gut, was wir dort haben. Das darf nicht ins Internet gestellt werden! Das Groteskeste, was ich in den letzten Wochen gehört habe, ist

eine Diskussion über Smart Metering. Auch wenn ich mich hier oute - für mich ist das total schlimm, dass irgendjemand mitbekommen kann, dass ich frühmorgens, wenn ich um 5 Uhr aufstehe, einen gewissen Wasserbedarf habe und dass ich den vielleicht um 7 Uhr, wenn ich vom Sport komme, nochmal habe. Das ist für mich richtig schlimm. Deshalb kann ich die Diskussion nachvollziehen, dass Smart Metering echt etwas ist, was abgeschafft und verboten gehört. Das ist aber die Diskussion, die wir in Deutschland gerade führen.

Um noch einmal auf das Thema Schlaraffenland zurückzukommen, wenn wir mit unseren amerikanischen Kollegen diskutieren, sind wir in einer sehr schlechten Situation, weil wir in Deutschland immer diejenigen sind, die die größten Vorbehalte haben. Wenn ein neues Produkt auf den Markt kommen soll, gucken die alle erst einmal voller Schrecken nach Deutschland, was die deutschen Kollegen jetzt schon wieder dazu sagen werden. Mittlerweile haben sie sich daran gewöhnt und wissen, wenn das Produkt in Deutschland regelkonform ist, funktioniert es auch auf jedem anderen Markt der Welt. Ich frage mich nur, ob das tatsächlich das ist, was auch international unter Innovation verstanden werden kann. Wenn man sich das alles einmal anschaut, dann stellt sich aus der Sicht eines Unternehmens wie Microsoft eine ganze Reihe von Themen. Vieles davon ist heute auch schon angesprochen worden.

Das Thema Verknüpfung von Datenbeständen; wir sind auch ein Anbieter von Suchmaschinentechnologien. Das ganze Thema widerstreitende Interesse, Datenschutz auf der einen Seite, Kommunikationsfreiheiten auf der anderen. Das Thema Ewigkeit des Internets, das Recht auf digitales Vergessen. Und natürlich auch die Frage, wie sich internationale Aspekte hier umsetzen lassen. Ich erspare Ihnen die Details. Wenn wir in diese Diskussion über ein neues Datenschutzrecht reingehen, dann muss man sich tatsächlich überlegen, welche Grundprinzipien man dort zugrunde legt und sich die Frage stellen, ob ein Mehr an Datenschutz tatsächlich der richtige Weg ist und ob es nur um die Frage Datenschutzrecht geht, das zu verändern – ich plädiere im Übrigen dafür, es auf digitale Erfordernisse anzupassen – oder geht es nicht darum, dass wir alle Aspekte, die Datenschutz und damit das Thema Governance als Motto des heutigen Tages betreffen in eine solche Diskussion mit einbinden?

Ich würde Ihnen gern drei Beispiele bringen, wie wir sehen, dass solche Themen auch aus Unternehmenssicht umgesetzt werden können. Das eine ist das Thema Privacy bei Design oder Privacy bei Default, d. h. was vorhin auch schon der Kollege von Motorola vorgestellt hat, nämlich von der ersten Minute der Entwicklung eines Produktes zu beginnen, Datenschutzaspekte mit zu berücksichtigen. Das ist ein Prinzip, das dankenswerterweise auch durch die deutschen Besonderheiten getrieben, das Microsoft in den letzten Jahren sehr intensiv angewandt hat. Wenn Sie sich das Windows Phone 7 angucken, werden Sie sehen, dass dort eine ganze Reihe von solchen Einstellungen enthalten sind. Sie haben z. B. keine permanente Lokalisierung. Sie werden gefragt, wenn Sie eine Anwendung installieren wollen, die Geodaten nutzt, ob Sie das tatsächlich wollen. Sie können das jederzeit ein- und ausstellen. Sie werden in dem Moment, wo Sie einen solchen Dienst nutzen wollen, noch einmal gefragt, ob Sie jetzt diese Daten tatsächlich senden wollen. Das ist manchmal nicht nutzerfreundlich, aber es hilft natürlich, Datenschutzaspekte zu berücksichtigen. Manch einer sollte sich die Datenschutzerklärungen anschauen, die für das Windows Phone 7 mit dazu geliefert werden und die ich auf einen sehr einfachen Knopfdruck auch bekomme. Sie sind kurz gefasst und stellen das Ganze prägnant dar. Das ist ein Beispiel, wie man das von vornherein in die Produktentwicklung mit einbinden kann.

Ein zweites Beispiel ist der vor ein paar Wochen gelaunchte Internetexplorer 9, der eine Tradition fortsetzt, die schon in früheren Versionen vorhanden war, das In Private Browsen.

Es heißt, dass ich sowieso den Browserverlauf jederzeit löschen kann, dafür sorgen kann, dass kein Dritter Zugriff nehmen kann auf das, was ich im Internet gesehen habe. Das haben wir in der Version um die sogenannte Trackingprotection neu ergänzt, d.h. ich selber kann Listen anlegen bzw. selber festlegen, welche Daten an Dritte übermittelt werden, also welcher Cookie gespeichert wird und welche Daten, die sich aus meinem Surfverhalten ergeben, an Dritte weitergeleitet werden. Auch das ist sicherlich ein kleiner Schritt, aber eine Möglichkeit, wie man in der Produktentwicklung bestimmte Datenschutzaspekte mit berücksichtigen kann. Ich glaube schon, und auch da gehe ich nicht ganz konform mit Herrn Riedl, dass das ganze Thema Medienkompetenzentwicklung ein nicht unwichtiges Thema ist. Wir sehen ja, dass wir viele mündige Verbraucher in Deutschland haben. Unser Ziel kann nicht sein, sie zu uniformieren und sie auf ein hohes Datenschutzniveau einzuschwören und sie zu fanatischen Kämpfern für den Kampf gegen Cookies zu entwickeln, sondern ich glaube, was wir ihnen beibringen sollen, egal ob in der Schule und im weiteren beruflichen Leben, ist ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Internet und den Daten, die sie dort zur Verfügung stellen. Da gibt es sicherlich noch viel zu tun.

Wir machen eine ganze Reihe von Dingen. Wir engagieren uns in bestimmten Organisationen wie „Deutschland sicher im Netz“ usw., um einfach dort auch Dinge zu tun und ich glaube, dass das ein Teil der wirtschaftlichen Verantwortung ist. Ich glaube aber auch, dass das ganze Thema Selbstregulierung ein Weg ist, hier bestimmte Standards einfach zu setzen. Wenn man sich das Thema Geodaten anguckt, haben wir in Deutschland schon gemeinsam über Wettbewerbsgrenzen hinweg, aber auch zwischen großen und kleinen Anbietern eine Möglichkeit geschaffen, dass man Standards für solche Dienste setzt, dass diese Standards auch die Verbraucherinteressen maßgeblich mit berücksichtigen, die ein Abwägung zwischen wirtschaftlichen Interessen und Verbraucherinteressen darstellen. Das ist ein sehr wichtiger Weg, weil wir uns eines klarmachen müssen: Politik – Staatssekretär Otto hat vorhin von Entscheidungszyklen gesprochen – wird niemals in der Lage sein, die schnelle Entwicklung des Internets in irgendeiner Form, in Gesetzen abzubilden. Hier bietet sich eine Möglichkeit, über vernünftige Mechanismen dafür zu sorgen, dass es Regeln gibt, die so gestaltet sind, dass sie auch den aktuellen Erfordernissen entsprechen usw. Das ist schon ein wichtiger Weg und wir würden uns hin und wieder wünschen, dass solche Formen der Selbstregulierung am Ende des Tages auch eine gewisse Rechtssicherheit bieten und nicht die eine Seite der Politik, die Entwicklung solcher Normen und Selbstregulierungskodizes fördert und eine andere Seite der Politik sogar in derselben Koalition dann anfängt, so etwas in Frage zu stellen. Da haben wir noch einen gewissen Bedarf und ich würde mich freuen, dass wir gerade aus den internationalen Diskussionsprozessen das eine oder andere mit nach Deutschland holen. Das sind meine Punkte. Hin und wieder wäre es gut, wenn Deutschland sich international einsetzen würde, dass es Regelungen gibt, die europaweit gelten. Auch da ist sicherlich der eine oder andere Handlungsbedarf.

Prof. Krcmar:

Herr Tesch, ganz herzlichen Dank. Ich glaube, dass es nachher noch genügend Diskussionsstoff auf der Basis der diversen Widersprüche der Redner gibt. Das war mit dem Smart Grid ein guter Einstieg, denn Herr Orestis Terzidis vom SAP Research wird nicht über das, was man vermuten könnte, das Internet der Dinge, reden wollen sondern über das Internet der Energie. Dabei wird Smart Metering auch eine Rolle spielen. Eigentlich wollte ich Sie aber mit Fragen zur Governance von Plattformen quälen.

Dr. Terzidis:

Auch beim Internet der Energien gibt es Plattformen und Sie können mich dann noch quälen. Guten Abend meinerseits, vielen Dank an die Organisatoren. Es freut mich, dass ich hier

sprechen kann. Es gibt in ganz vielen Bezügen so viele Anknüpfungspunkte an all die Dinge, die heute gesagt wurden. Sie sehen, dass mein Name griechisch ist, meine Familie stammte ursprünglich aus der Türkei. Wir sind in den Wirren der 20er Jahre dort vertrieben worden. Insofern haben wir Bezug zu den Kemalisten. Ich kann Sie aber beruhigen, ich saß gestern Abend mit einem türkischen Kollegen und guten Freund zusammen, und wir haben sehr offen darüber reden können. Es gibt da keine Ressentiments. Es gibt sicher auch Anknüpfungspunkte zu den Privacy Themen im Kontext der Smart Meter, die schon erwähnt wurden.

Lassen Sie mich versuchen, Sie in eine ganz andere Richtung, in eine ganz andere Welt mitzunehmen, die auch viel mit dem Internet zu tun hat. Wir nennen es das Internet der Energie. Das ist eine Metapher, und lassen Sie mich diese Metapher erklären. Was hat das Internet getan? Es gab viele Computer und das Internet hat sie miteinander verknüpft. In Analogie zu den Computern gibt es ein Energiesystem mit verschiedenen Komponenten. Es gibt Komponenten in der Erzeugung, der Übertragung, der Speicherung und dem Verbrauch. Jetzt geht es darum, diese Komponenten miteinander kommunizieren zu lassen. Das Internetparadigma vollzieht eben diese Verknüpfung, und zwar zu geringen Transaktionskosten, plattformbasiert und auf Standards basierend, um dann darauf aufbauend Geschäftsmodelle aufsetzen zu können. Das ist der Kerngedanke, der hinter diesem Thema „Internet der Energie“ steht.

Lassen Sie mich beginnen, indem ich Sie auf einen Artikel verweise, den ich heute in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gelesen habe, wo man so etwas in der Regel nicht so sehr vermuten würde. Dort wurde Bezug genommen auf den wissenschaftlichen Beirat für globale Umweltveränderungen. Das ist der Beirat der Bundesregierung. Es war ein Treffen mit Minister Röttgen und Ministerin Schavan, bei dem vorgestellt wurde, was dieser Beirat herausgebracht hat. Der Titel des Konzeptpapiers, was übergeben wurde, ist „Welt im Wandel, Gesellschaftsvertrag für die große Transformation“. Wenn man einem solchen offiziellen Bericht für die Bundesregierung vertraut, dann stehen wir offenbar vor einer Megatransformation. Neuer Gesellschaftsvertrag – machen Sie sich einmal klar, was für Worte da verwendet werden.

Ich möchte es noch weiter belegen. Ich habe mir über das Wochenende die Berichte der International Energy Agency angeschaut. Das ist ein Forum, das so etwas wie die Stimme des Westens als Gegengewicht zur OPEC ist. Eine Organisation, wo Sie vor einigen Jahren noch in allen Berichten gelesen haben, dass die Zukunft der Energiewirtschaft immer noch fossil und vielleicht ein bisschen nuklear, aber vor allem fossil sein wird. Die Berichte der letzten zwölf Monate lesen sich nun völlig anders. Das Ganze geht auf ein Treffen der Energieminister der G8 Staaten plus China, Indien und Südkorea in Aomori in Japan zurück.¹ Diese Runde hatte die Internationale Energieagentur beauftragt, Roadmaps zu entwickeln. Konkret geht es um 17 Technologie-Roadmaps, wie die Energielandschaft in 2050 aussehen wird. Wenn Sie diese Berichte lesen, sehen diese salopp gesagt wie ein Parteiprogramm der Grünen in den 80er Jahren aus. Man traut seinen Augen nicht, wenn man diese Dinge liest. Egal, welcher Meinung man bezüglich der vorgestellten Inhalte ist, kann man auf jeden Fall feststellen, dass es einen sehr starken Zeitgeist auf internationaler Ebene gibt, dass sich in diesem System richtig viel ändern wird. Und Deutschland ist vielleicht dasjenige Industrieland, in dem diese Diskussion am intensivsten geführt wird.

¹ Für eine Übersicht siehe <http://www.europeanenergyreview.eu/site/pagina.php?id=2044&print=1>

Es gibt ein Paper von den Autoren Jacobsen und Delucchi² der Universitäten Stanford und UC Davis in Kalifornien, vom November letzten Jahres. Sie haben eine Art Gedankenexperiment durchgeführt und sich überlegt, was es bedeuten würde, wenn die ganze Welt bis zum Jahr 2030 nur noch erneuerbare Energien ausbauen würde. Sie haben durchkalkuliert, was da ungefähr passieren müsste und was es ökonomisch bedeuten würde. Sie kommen auf eine Zahl von ca. 100 Billionen US Dollar.³ Die größte Volkswirtschaft heute sind die USA mit 10-12 Billionen. Die deutsche Volkswirtschaft ist so etwas wie 2 bis 2,5 Billionen. Die deutsche Volkswirtschaft müsste da 40 Jahre lang Tag und Nacht arbeiten, um eine solche Investition zu tätigen, d.h. wir dürfen nicht essen, nicht trinken, sonst nichts machen, nur um dieses Energiesystem umzubauen.

Die zweite interessante Aussage war aber, dass sie auch durchkalkuliert haben, was passiert, wenn wir auf dem jetzigen Energiepfad bleiben. Je nach den Annahmen über die Rohstoffpreise kommen Sie dann auf bis zu 200 Billionen Dollar Kosten. Es wird also richtig heftig, und wenn wir nichts tun, wird es wahrscheinlich noch viel heftiger.

Das ist die Grundsituation, in der wir stehen. Ich versuche zu charakterisieren, wie dieses Gesamtsystem aussieht und dann werden Sie sehen, was das Internet der Energie, was Software für eine Rolle spielt, ohne dass man es über- oder auch unterschätzt. Wenn Sie den Energiebereich kennen, dann wissen Sie, dass es im Grunde drei Energieebenen gibt, von denen man redet. Vereinfacht gesagt, gibt es die Gigawatt-Ebene für die richtig großen Dinge. Es gibt die Megawatt Ebene für die mittelgroße und die Kilowatt-Ebene für die Haushalte und alles, was darunter fällt. Die drei Ebenen finden Sie in allen vier vorhin erwähnten Bereichen. In der Erzeugung haben Sie die Großkraftwerke, es gibt aber auch mittelgroße und mittlerweile auch kleine Erzeuger wie Kraftwärmekopplungsanlagen und zukünftig vielleicht auch Brennstoffzellen. Sie finden die drei Größenordnungen auch bei der Übertragung, wo es einmal die Hochspannungs-, Höchstspannungs- und Hochspannungsgleichstromübertragung auf der Gigawatt-Ebene. Dann haben Sie die Mittelspannungsnetze und die Niederspannungsnetze bis in die Hausbereiche hinein. Sie haben dasselbe für Speichertechnologien und für Verbrauch. Während ein Aluminiumwerk oder ein großes Chemiewerk schon eher im Gigawattbereich liegen, haben Sie im Megawattbereich eine normale Fertigungsstraße, im Kilowattbereich dann Gewerbe und Haushalte. Und schließlich kann man noch drei weitere Ebenen unterscheiden, die zum Energiesystem gehören. Es gibt einmal die physikalische Ebene. Die physikalischen Netze sind die Masten, die Kabel und die Transformatoren, das gewickelte Kupfer; in der Erzeugung sind es die Turbinen, beim Verbrauch die verschiedenen Elektrogeräte.

Sie haben eine zweite Ebene – und da beginnt es informationstechnisch zu werden -, wo Sie diese ganzen Anlagen steuern. Also, Netzleittechnik auf den verschiedenen Ebenen der Übertragung, Steuerungstechnik für eine Wärmepumpe oder für ein Großkraftwerk, überall finden sie diese technische infrastrukturelle Ebene zur Steuerung. Das machen Sie heute natürlich mit Informationstechnologien unter massiver Einbindung von Sensoren und Aktuatoren.

Schließlich haben Sie, und das darf man nicht vernachlässigen, eine dritte Ebene, bei der es um die Betriebswirtschaft und um das betriebswirtschaftliche Management geht. Immer da,

² Delucchi, M.A., Jacobson, M.Z., Providing all global energy with wind, water, and solar power, Part I+II. Energy Policy (2010), doi:10.1016/j.enpol.2010.11.045

³ Konkret schlagen die Autoren die Installation von 3 Millionen 4 MW Windturbinen, 90.000 zentrale Solaranlagen mit je 300 MW und 1,9 Milliarden PV Anlagen mit 3 kW vor (Abschnitt 5). Mit den Zahlen aus Tabelle A.1b ergibt sich ein Investitionsvolumen von ca. 100 Billionen US Dollar.

wo es um die Abrechnung geht, wo es um Asset Management geht, um die Bilanzen oder auch um so etwas wie die Personaleinsatzplanung. Wo es um Marktplätze geht; so etwas wie die EEX als Strombörse oder Software zur Abwicklung von Transaktionen in Kapazitäten-Märkten.

Man kann also von drei Dimensionen sprechen. Erzeugung, Übertragung, Speicherung und Verbrauch bildeten die erste Dimension. Die zweite war groß, mittel, klein. Und die dritte war Physik, informationstechnische Infrastruktur und betriebswirtschaftliche Steuerung. Wenn Sie diese Dimensionen multiplizieren kommen Sie auf $4 \times 3 \times 3$, also 36 Technologiefelder. Wenn Sie sich alle 36 anschauen, würden Sie auf allen Umwälzungen sehen und Bewegungen sehen. Überall passiert irgendetwas aus ganz verschiedenen Gründen.

Wir stehen jetzt davor, dieses Gesamtsystem neu zu konzipieren. Man muss sich klarmachen, dass das noch einmal eine richtige Megaaufgabe ist. Sie müssen technologisch noch Einiges machen, mindestens eine ganz heftige Systemintegration. Sie müssen informationstechnisch gesprochen die richtigen Plattformen, Architekturen, Schnittstellen usw. konzipieren. Sie müssen eine riesige Investition tätigen, die ich eben angedeutet habe. Und drittens müssen Sie den regulatorischen Rahmen noch einmal anfassen. Der kann nicht so bleiben wie er ist, wenn Sie auf die Kernprobleme der neuen Infrastruktur eingehen möchten. Siemens spricht von New Age of Electricity. Ich habe mir überlegt, ob ich den Begriff „Second Electrification“ verwenden sollte.

Es ist wirklich so, als würden wir noch einmal zurückgehen in die 20er Jahre und ein System neu aufbauen müssen, und zwar unter ganz anderen Prämissen. Die anderen Prämissen sind im Wesentlichen, dass Sie sehr viel stärker auf zwei Dinge eingehen müssen. Das eine ist die Fluktuation bei der Energieproduktion. Wenn Sie fossile Brennstoffe verbrennen, um dieses Beispiel zu nehmen, können Sie entscheiden, wann Sie da Gas oder Kohle reinstecken und dann Strom erzeugen.

Bei Wind und Sonne ist es anders. Die wehen und scheinen, wann sie wollen. Sie müssen mit dieser Situation umgehen, wenn Sie nach wie vor die Verfügbarkeit haben möchten, die man heute gewohnt ist und für unsere Gesellschaft und Wirtschaft lebensnotwendig ist. Das ist die erste Herausforderung.

Die zweite Herausforderung ist die Dezentralisierung, weil Sie plötzlich davon ausgehen müssen, dass es nicht nur diese Gigatechnologien gibt und da auch wieder völlig unideologisch, egal wie man zu den verschiedenen Technologien steht. Es gibt gute Gründe, warum diese Dinge aus reinen Investitionserwägungen in vielen Situationen sehr viel kleiner werden. Dezentralität, Fluktuationen – das sind die beiden Treiber, die beiden Kernherausforderungen.

Jetzt ist es so, dass Sie mit dem Internet viele Prozesse parallel und zu moderaten Kosten durchführen können. Das ist das, was die Kerncharakteristik der Internetökonomie ist. Sie können komplexe dezentrale Koordinationsprobleme lösen. Und genau darum geht es. Genau diese Möglichkeit muss man nun im Energiebereich einsetzen. Es gibt Tausend Facetten, die man hier noch beleuchten kann; aber den Rahmen habe ich umrissen, in dem man eine Diskussion starten sollte.

Prof. Krcmar:

Herr Terzidis, ganz herzlichen Dank. Sie haben uns gezeigt, was als nächste Innovationswelle kommt. Haben Sie denn diese Multi-Stakeholder Governance Prozesse überzeugt, um die 36

Themenfelder, die Sie ausgerechnet haben, ordentlich miteinander zu koordinieren und abzustimmen?

Dr. Terzidis:

Sagen wir so, ich fand es interessant, was Sie vorhin zu diesen Multi-Stakeholder Sachen ausgeführt haben. Ich habe das auf einer kleineren Skala im Energiebereich auch erlebt. Ich bin Sprecher einer Arbeitsgruppe im Bundesverband der deutschen Industrie. Der BDI ist meistens eine Lobbying Plattform. An der Stelle geht es aber weniger um Lobbying, es geht erst einmal darum, als Think Tank zu agieren. Und es ist genau wie Sie es geschildert haben. Da geht es auch erst einmal um Meinungsbildung. Es geht gar nicht darum zu sagen, dass wir schon genau wüssten, wohin wollen und die Politik dorthin bringen wollen. Sondern es geht einfach erst einmal darum, dass hinter den Dingen, die ich Ihnen habe kurz erklären können, zig Diskussionen stecken, bevor man es in der Klarheit überhaupt artikulieren kann, was da vor uns liegt, welche Herausforderung wir eigentlich vor uns haben. Das ist definitiv ein Prozess gewesen, bei dem wir mittendrin in einem Multi-Stakeholder Prozess waren. Zum einen sind es mindestens drei Branchen. Es geht um die Energiewirtschaft, die in der Gruppe von EnBW, E.ON und Rheinenergie repräsentiert sind. Dann gibt es die klassische Elektrotechnik, Siemens ABB. Weiter sind die Telekom Equipment Provider, Cisco und Nokia Siemens Networks in der Gruppe. Und es sind die Informationstechniker, IBM und die SAP. Wir hatten zig Gespräche mit Leuten aus der Regierung, den Verbänden, den verschiedenen Ministerien, mit Parlamentariern, der Bundesnetzagentur, Investoren und anderen, einfach um einen offenen Austausch in Gang zu setzen. Was wir hier brauchen, ist eine vernünftige, nicht polarisierende, nicht ideologisierende Meinungsbildung, um am Ende zu rationalen Entscheidungen zu kommen.

Prof. Krcmar:

Also müssten Sie jetzt die mit der IGF bei der UNO geschlagenen einladen und sagen, dass sie ein anderes Dialogfeld nehmen sollen. Da ist genügend Betätigung. Ihnen erst einmal ganz herzlichen Dank.

Wir sind jetzt dabei mit Herrn Wittkopp unseren Abschlussprecher. Er kommt von IBM und leitet dort das IBM Deutschland Research& Development Center und ist Director bei der IBM Software Group. Smart Grids war das Thema, aber auch Smarter Planet. Wenn man von IBM kommt, muss das mindestens dazu kommen.

Herr Wittkopp:

Ich möchte das Thema von heute Abend noch um einen Aspekt erweitern, der schon einige Male erwähnt wurde, nämlich das Internet der Dinge. Das Internet ist heute weit mehr als wir als Endbenutzer wahrnehmen, und es entwickelt sich in einer dramatischen Geschwindigkeit. Hat es uns zu Beginn vor allem Zugriff auf Informationen verschafft, verbindet es heute darüber hinaus Menschen auf dem ganzen Globus in einer Weise, die noch vor sehr kurzer Zeit unvorstellbar war. Diese Entwicklung haben wir Web 2.0 oder Social Web getauft. Was das bewegen kann, sehen wir zurzeit gerade z.B. in Nordafrika. Ebenfalls erst seit kurzem sehen wir interaktive Anwendungen im Netz. Nach und nach werden uns komplette Software-Anwendungen, die wir bisher als Privatmenschen oder Firmen auf eigenen Rechnern installieren mussten, über das Netz zur Verfügung gestellt. Für diesen Trend haben wir den Begriff Cloud Computing geprägt.

Das Internet ist die Basis all dieser Innovationen. Es hat den Einsatz von IT aus den Zentral-Rechnern der Anfangszeit über vernetzte PCs bis zu unseren Arbeitsplätzen und Wohnungen gebracht und unsere Arbeits- und Privatwelt vollständig verändert. Mit dem mobilen Internet

weitet sich der Einsatz von IT zurzeit massiv in der Fläche aus. Mit den heutigen Smart-Phones ist es quasi überall verfügbar. Auch dieser Schritt erschliesst und wieder völlig neuartige Anwendungsmöglichkeiten.

Wenn all diese Entwicklungen schon revolutionär waren und sind, passiert nun darüber hinaus etwas sehr Entscheidendes. Das Internet erreicht nicht nur unsere mobilen Computer oder Smart-Phones, sondern auch viele weitere Geräte und Maschinen unseres Alltags, wie z.B. Autos, Gegenstände unserer Wohnungen oder industrielle Anlagen. Das ist der Beginn des sogenannten Internets der Dinge. Diese über das Internet vernetzten Geräte können mit Informationen jeder Art versorgt und in wieder neuartige Anwendungen eingebunden werden. Spannend ist aber vor allem auch, dass diese Geräte durch ihre Sensorik selbst wieder Informationen dem Netz und seinen Anwendungen zur Verfügung stellen können, wie z.B. Aufenthaltsorte, Bewegungen, Temperaturen, Mengen, Töne, oder Bilder. Um es einmal bildhaft auszudrücken: Waren die ersten Zentral-Rechner wie auch die ersten PCs noch völlig isoliert und blind, und komplett auf die manuelle Eingabe von Daten von uns Menschen angewiesen, sind sie nun wie ein Organismus komplett vernetzt und bekommen durch die Sensoren nun sozusagen Augen und Ohren, sowie vielleicht sogar Tastsinn, Geruch und Geschmack, also Sinne. Wenn alle diese Entwicklungen, die wir heute her diskutiert haben, schon revolutionär waren, wird klar, dass dieser große vernetzte Organismus erst recht der Beginn einer völlig neuen Innovationswelle sein wird und dass sich die Innovation hier noch einmal dramatisch beschleunigen wird. Ich bin persönlich davon überzeugt, dass wir hier am Anfang einer neuen technologischen Revolution sind. Mit dem Internet der Dinge, kann unsere IT mehr und mehr des Zustands unserer realen Welt, seien es natürliche Prozesse der Umwelt, oder Verkehr und Industrie, in Realzeit erfasst und natürlich auch wieder beeinflusst, bzw. gesteuert werden.

Jetzt erst erschließen sich uns ungeahnte Möglichkeiten des Einsatzes von IT zur Unterstützung, Verbesserung, Optimierung von Abläufen aller Art. Meine Firma, die IBM, hat dafür den Begriff Smarter Planet geprägt. Er soll nichts anderes ausdrücken als die unglaubliche Vielfalt an möglichen neuen IT-Anwendungen, die unser Leben und unsere Arbeit sowie den effizienten und nachhaltigen Umgang mit Ressourcen aller Art ein gutes Stück weit verbessern, also smarter gestalten. Mit diesen erst heute verfügbaren Mitteln können wir uns den großen Infrastruktur-Aufgaben zuwenden, die sich bisher einer Unterstützung durch IT entzogen haben.

Lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen. Als erstes Beispiel ein Thema, das wir heute Abend auch schon erwähnt hatten: Mobilität. Autos sind selbstverständlich ein Bestandteil des Internets der Dinge. Smarter Mobilität erfasst über das Internet alle Verkehrsdaten von Autos und Straßen und steuert uns als Einzelne und den Verkehrsfluss als Ganzes in einer optimalen und hoffentlich ressourcenschonenden Weise. Die Einsparpotentiale eines solchen Internets der Mobilität, einer smarten Mobilität, sind enorm. Elektromobilität, auch eines der sehr aktuellen Themen, wäre ohne den Einsatz von Informationstechnologie gar nicht darstellbar. Das Aufladen dieser neuen Fahrzeuge erfordert ein intelligentes und gut vernetztes Management. Darüber hinaus werden durch die Vernetzung und Sensorik völlig neue Geschäftsmodelle möglich, wie z.B. das kurzfristige Anmieten von Autos von und zu jedem beliebigen Ort, wie wir es von einigen Firmen heute schon sehen. Sie finden das Auto über Location Based Services. Die Abrechnung erfolgt über das Internet. Solche grundlegenden Veränderungen sind möglich.

Und natürlich umfasst smartere Mobilität nicht nur Autos sondern alle Verkehrssysteme.

Internetanwendungen werden uns in einer smarten Mobilität flexibel von A nach B bringen unter Nutzung aller möglichen Verkehrsmittel, Einbeziehung aller Informationen, die das Internet zur Verfügung stellt und aller weiteren relevanten Daten.

Eines der Beispiele der IBM ist das City Maut System in der Stadt Stockholm, das sehr große Ersparnisse bringt. Die IBM unterstützte dabei die Verkehrsbehörde in Stockholm, dem Verkehrskollaps mit einem intelligenten City-Mautsystem entgegen zu wirken. Vor der Einführung fuhren täglich 450.000 Fahrzeuge im Innenstadtbezirk. Enorme Verkehrsbehinderungen und Staus gehörten zum Alltag. Die IBM entwickelte und betreibt nun ein vollautomatisches System zur Mauterfassung, basierend auf automatischer Nummernschilderkennung und RFIDs. Man kann sich vorstellen, dass der Einspareffekt groß ist. Es sind 22 % weniger Fahrzeuge im Stadtzentrum unterwegs. Die CO₂ Emissionen sind um 14 % gesunken. Das System generiert Einnahmen von rund 100 Millionen € pro Jahr für die Stadt Stockholm.

Als weiteres Beispiel bietet sich vielleicht der Energie-Sektor an. Über das Internet der Energie haben wir eben schon Einiges gehört. Eine smarte Energieversorgung nutzt das Internet der Dinge um Energie genau dann und in der Form zu produzieren und zu verteilen, wie sie verbraucht werden kann. Das sogenannte Smart Grid für den Strom als Beispiel basiert auf über das Internet vernetzten Sensoren. Auch in diesem Anwendungsfeld liegen wiederum enorme Einsparpotentiale, deren Bedeutung uns gerade in diesen Tagen der Diskussion um die Folgen der Katastrophe in Japan wieder schmerzlich bewusst wird. Auch in diesem Sektor kann man bereits mit einfachen Anwendungen sehr viel erreichen. Die IBM hat zum Beispiel für Centerpoint Energy – dem drittgrößten Strom- und Gas-Versorger in den USA mit 5 Millionen Kunden in sechs Staaten – Smart Meters installiert. Abgesehen von allen Steuermöglichkeiten und Energieeinsparmöglichkeiten, die ein Smart Meter System in Zukunft erlauben soll, hat allein die Möglichkeit Spannungsanomalitäten und damit Probleme im Stromnetz frühzeitig zu entdecken, zu einer Einsparung von 80 % der Serviceeinsätze geführt.

Als drittes Beispiel möchte ich den Gesundheitssektor nennen, der mich persönlich am meisten fasziniert. Durch Telemedizin, also gesundheitsbezogene Geräte zu Hause, eröffnet uns das Internet der Dinge eine völlig neue Welt, nicht nur für eine effizientere Behandlung in der Fläche ohne Anreisen und Wartezeiten beim Arzt. Die auf diese Weise erfassten Gesundheitsdaten von zu Hause, beim Hausarzt, beim Spezialisten und aus der Klinik, in intelligenter Weise vernetzt und ausgewertet, ermöglichen eine personalisierte, zielgerichtete, und effiziente Medizin, die in nichts mehr vergleichbar mit dem eher unpersönlichen, „one-size-fits-all“, auf wenigen Daten beruhenden heutigen Gesundheitsalltag.

Heute hat ein Arzt in der Regel nur wenige Minuten Zeit für uns. Er bekommt einige wenige, oft unklare Informationen von uns, bezieht vielleicht weitere Informationen aus seiner Karteikarte, kennt die Wirkungsweise der wichtigsten Medikamente und Behandlungsmethoden. Die Pharma-Informationen basieren im Wesentlichen auf klinischen Tests mit einer eingeschränkten Zahl an Menschen. Auf dieser Informations-Basis und seiner persönlichen Erfahrung muss der Arzt Behandlungsentscheidungen treffen. Er hat niemals die Chance, wirklich alle verfügbaren Informationen zu verwerten. Wie viel mehr könnten wir in diesem System erreichen, wenn unsere gesamte persönliche Gesundheitsgeschichte zur Verfügung stünde, von der Geburt an, über alle Arztbesuche hinweg, egal wo wir behandelt wurden. Wenn diese Daten aus der Praxis-Realität zurückfließen würden in die allgemeinen medizinischen Erkenntnisse über Krankheitsmuster und Wirksamkeit von Behandlungen?

Wenn all dieses Wissen durch Analyse-Software aufbereitet den Arzt bei der Entscheidung unterstützen würde? Oder denken wir daran, was wir durch IT-gestützte Prevention erreichen könnten: Wenn unser Gesundheitszustand in gewissen Rahmen über geeignete, vernetzte Geräte schon zu Hause überwacht würde und uns auf Probleme aufmerksam machen würde? Wenn wir über die Vernetzung des Gesundheitssystems insgesamt frühzeitig bestimmte Entwicklungen, z.B. Ausbreitung von Krankheiten, oder entdecken würden und gegensteuern könnten?

Diese Liste zum Einsatz des Internets der Dinge ließe sich beliebig ausweiten. Denken Sie vor allem an alle möglichen Bereiche der Industrie und Logistik.

Lassen Sie mich an dieser Stelle festhalten: Das Internet der Zukunft, wie es sich heute schon abzeichnet, mit den Aspekten Netz der Menschen, Mobilität und dem Netz der Dinge ist die Basis für Verbesserungen unserer Lebens- und Arbeitswelt in einem vor wenigen Jahren ungeahnten Ausmaß. Die Geschwindigkeit der Entwicklung ist dabei atemberaubend. Das Internet überhaupt gibt es erst seit kurzen 20 Jahren. Das Social Web, das Mobile Internet und das Internet der Dinge gibt es in Ansätzen erst seit 3-5 Jahren, und in nennenswertem Maßstab eigentlich erst jetzt. Wir stecken mitten in einer technologischen Revolution, die wenig unserer Umwelt unberührt lässt.

Es ist also kein Wunder, dass wir uns als Einzelne, als Gesellschaft und auch als Unternehmen oft schwer tun, unsere Regeln, Erwartungen, Verhaltensweisen, Normen und Werte an die neue Realität anzupassen. Wir wollen und müssen die neuen Möglichkeiten nutzen. Aufgrund des globalen Charakters dieser Innovation führt auch kein Weg darum herum. Aber wir müssen dafür auch die gesellschaftliche und unternehmerische Diskussion über Werte und Regeln beschleunigen, um den Nutzen zu erschließen und Fehlentwicklungen zu vermeiden. Schauen wir noch einmal auf die eben genannten Beispiele. Um den Nutzen aus smarter Mobilität, Energie oder Medizin zu gewinnen, brauchen wir z.B. sehr schnell technische Standards, weil nicht kompatible Insel-Lösungen zu keinem Erfolg führen werden. Ein Verkehrssystem, das in verschiedenen Städten grundsätzlich unterschiedlich ist, bringt uns nicht viel weiter. Ein nach unterschiedlichen Standards in den Gebieten Deutschlands realisiertes Smart Grid kann nicht wirklich optimal arbeiten. Eine IT-gestützte Medizin, die Daten aus den verschiedenen Quellen nicht integrieren kann, nutzt nicht alle Chancen. Standards in diesem Kontext sind ganz sicher eine dringende Aufgabe für Politik und Wirtschaft, aber sicher im Wesentlichen unumstritten.

Schwieriger ist schon die nächste Voraussetzung: Wir müssen möglichst viele verfügbaren Daten auch wirklich nutzen können und dürfen. Wenn wir als Bürger oder Arbeitnehmer an der Sicherheit und ordnungsgemäßen Verwendung Zweifel haben, werden wir diese nicht zur Verfügung stellen. Wird aus meinen Mobilitätsdaten ein Bewegungsprofil erstellt? Welche Rückschlüsse erlauben meine Energieverbrauchsmuster? Und natürlich besonders sensitiv: Was passiert mit meinen vernetzten Gesundheitsdaten außerhalb der Praxis oder Klinik? Gerade in Deutschland haben wir eine besonders kritische Haltung zu diesen Themen. Das ist gut so und muss auch so bleiben. Aber es darf nicht dazu führen, dass wir die Chancen nicht nutzen. Wir brauchen dazu eine offene, konstruktive gesellschaftliche Diskussion, geprägt von Sachkenntnis und Transparenz. Wir müssen viel mehr informieren. Wir müssen den jeweiligen Nutzen aufzeigen und den Wert der neuen Internet-Anwendungen erlebbar machen. Entscheidend wird zudem sein, dass jeder Einzelne auf dieser informierten Basis seine eigenen Entscheidungen fällen kann. Das muss sehr granular aber doch übersichtlich sein. Wer darf welche Daten in welcher Situation verwenden, und wie stelle ich das einfach und sicher ein? Neben der Information und Diskussion brauchen wir auch in diesem Gebiet

des aktiven, individuellen Datenschutzes technische Standards zur Realisierung entsprechender Lösungen.

Neben dem einzelnen Menschen haben aber auch Organisationen und Firmen Eigeninteressen bei diesem Thema. Um wieder bei denselben Beispielen zu bleiben: Mobilitätsanbieter sehen einen wirtschaftlichen Wert in den erfassten Daten und werden nur über gemeinsame Regelungen bestimmte Daten gegenseitig oder der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Energie-Unternehmen werden sich in einem offenen Markt um ihre Kundenbindung sorgen. Kassenärzte und Kliniken beharren zum Teil auf ihrem Recht an den erfassten Gesundheitsdaten und blockieren so den Fortschritt in der IT-gestützten, personalisierten Medizin. Hier helfen nur wirtschaftliche Anreize zur Kooperation oder gesetzliche Vorgaben.

Meine Thesen zur Diskussion heute Abend zusammengefasst: Erstens, das heutige Internet und erst recht das Internet der Zukunft, sozial, mobil und vernetzt mit den Dingen unseres Alltags, erschließt uns riesige Verbesserungspotentiale in nahezu allen Bereichen unseres Lebens und Arbeitens. Zweitens, Politik, Gesellschaft und Unternehmen müssen die Weiterentwicklung von Werten und Normen, sowie von Standards beschleunigen, um diese Innovationen für uns in Deutschland zu erschließen und nicht im globalen Wettbewerb zurückzufallen. Als Leiter eines großen Forschungs- und Entwicklungs-Teams (wir sind etwa 2000 IBMer und arbeiten als Entwicklungslabor seit fast 60 Jahren in Deutschland) bin ich sehr glücklich über die Gelegenheit heute Abend, dieses Thema besser zu beleuchten.

Prof. Krcmar:

Herr Wittkopp, ganz herzlichen Dank. Meine Damen und Herren, als es mit der Findung der Überschrift losging, waren wir ein wenig besorgt, dass das Thema vielleicht zu eng, zu speziell und nicht breit genug sei. Dann hatten wir die Zwischenphase, dass man hätte denken können, nach fünf Jahren Dialogprozess kann man sich zurücklehnen und schauen, wie man das sauber organisiert, damit es nachher ordentlich weiterläuft. Dann hatten wir die Phase, dass eigentlich alles nur am Datenschutz hängt und mittlerweile ist relativ klar geworden, dass wir eigentlich die Frage stellen dürfen, wie man diesen Transformationsprozess, der sich an vielen Stellen möglicherweise unaufhaltsam abspielt, mit welchen Governance Prozessen begleiten kann, welche möglich sind und welche überhaupt nötig sind. Dann ist klar, dass diese Vielfalt an Innovationen, die zu immer mehr Vernetzung, Verkopplung und immer mehr Stakeholdern führt, genau diese Diskussion erfordert. Jetzt ist es Zeit, dass Sie Ihre Widersprüche, Einwürfe, Fragen mit uns und den Referenten gemeinsam diskutieren.

6 Diskussion

Innovationsrahmen für das Internet: Was ist zu tun?

Moderation: Dr. Max Senges und Prof. Dr. Arnold Picot

Prof. Thielmann:

Ich möchte noch einmal auf unsere Überschrift zurückkommen, Freiheit, Selbstregulierung, Kontrolle. Ich glaube, wir haben jetzt viele Beispiele gehört und gesehen, was im Internet alles möglich ist, und wir wollen nach Möglichkeit Freiheit haben. Mich würde interessieren, wo wir Regeln oder Regulierung in einigen dieser Beispiele brauchen. Die letzten Beispiele waren Smart Energy oder Smart Metering. Wo brauchen wir da Regeln oder Regelungen? Und im Gesundheitswesen vielleicht ?

Prof. Picot:

Ich möchte noch ergänzen: Welche bestehenden Regeln hindern uns daran, diese smartere Welt, von der hier gesprochen wurde, zu implementieren? Herr Riedl hat gesagt, dass es bestimmte Inkompatibilitäten der Rechtssysteme gibt, die Wettbewerbsverzerrung erzeugen. Wie sieht das aus, welche sind das?

Dr. Hultsch:

Ich habe wirklich keine Antwort auf die Frage. Aber ich möchte zwei Gedanken in die Diskussion einbringen, weil wir hier nicht irgendeine Frage an irgendwelche Personen stellen sollen. So habe ich zumindest die Agenda verstanden.

Zum Ersten: müssen wir von den nationalen und regionalen, also auch auf Luxemburg, Lichtenstein, Deutschland und Polen usw. begrenzten Regulierungen zu unserer Internetinnovation nicht versuchen – auch für die Politiker ist das eine Aufgabe – uns zu übergeordneten globalen Regelungen zu bewegen? Ich persönlich glaube, dass dies alleine schon wegen der sicherheitsrelevanten Themenfelder kommen muss. Ich kenne aber keine Antwort zu den Realisierungswegen. Es ist also keine Frage an eine hier involvierte Person, aber ich denke, dass sich aus einer korrelierten Diskussion wesentliche Anregungen ergeben können.

Das zweite mir am Herzen liegende Thema ist mir besonders durch dem Beitrag von Herrn Terzidis aufgekommen als er uns zum Nachdenken über zukünftige Energieverteilung und Energieentstehung angeregt hat: Ganz klar durch intelligente Grids, also Energienetze und ebenfalls intelligente zugehörige Steuerung. Herr Terzidis, wir haben uns früher irgendwann einmal bei einem Abendessen darüber unterhalten und vielleicht sogar ein wenig gestritten. Korreliert kommt mir zusätzlich die Fragestellung zur Internetinnovation und dem Thema Verantwortung auf: Wir wollen und werden die entstehenden sozialen Kommunikationsnetze mit all ihren energieverbrauchenden Elementen und wegen der steigenden Funktionalitäten mit immer mehr Energie verbrauchenden Elemente haben. Sie gehören zu unserem sozialen Verhalten dazu. Meine Enkelkinder verbrauchen wahrscheinlich pro Person inzwischen schon wesentlich mehr Energie als ich in deren Alter mit meiner gesamten Familie überhaupt nur annähernd hätte verbrauchen können, weil sie Geräte dazu benutzen, die es damals noch gar nicht gab. Müssen wir also nicht an dieser Stelle, wenn wir soziale Netze propagieren, konzipieren, also Internetinnovation, nicht auch neue Denkweisen für das Thema Energie auf ganz anderer Basis anstoßen und möglicherweise dann auch zu innovativen Denkweisen bei der Energieerzeugung und der Energiekonsumption kommen? Dies ist für mich eine Frage, auf die ich leider keine Antwort habe und auch nicht glaube, dass ich die Frage an irgendein

Individuum hier stellen soll. Ich glaube jedoch, dass es eine Fragestellung der Gesellschaft für die Gesellschaft ist, also eine Fragestellung, die der Münchner Kreis in jedem Falle aufgreifen und behandeln könnte, vielleicht sogar sollte.

Prof. Dr. Grove, Bauhaus Universität:

Vielleicht kann ich versuchen, diese beiden Punkte zunächst in Einklang und danach wieder in das berühmte Spannungsfeld zu überführen. Zum einen: Ja, wir haben diese lokalen Gegebenheiten, die Herr Dr. Riedl angesprochen hat. Verzeihen Sie mir, Herr Riedl, dann die Frage, die ich in dem Zusammenhang einfach stellen muss: Warum sind Sie überhaupt noch hier? Wenn es so schlimm ist - Herr Tesch ist ja gern hier - dann könnte man schnell Ihre Limited Berlin durch Limited Grand Cayman Island ersetzen und schon wäre die Angelegenheit für Sie quasi erledigt. Provokativ gefragt auch vor dem Hintergrund der Sache: Um welchen Punkt kümmern wir uns hier? Kümmern wir uns darum, den Verbraucher vor einer Straftat zu schützen oder kümmern wir uns darum, dem Verbraucher besser aufzuzeigen, wann er eine Straftat begeht? Das ist derselbe Zusammenhang wie in der Finanzkrise: Werde ich erst zum Dieb, wenn ich erwischt werde oder werde ich zum Dieb, wenn ich die Tat begangen habe? Hier beschreiten wir manchmal einen Wechselweg, wie auch bei der Jagd nach der vorhin angesprochenen Kinderpornographie. Ist es demzufolge vielleicht eher die Frage, ob wir uns teilweise dem falschen Bereich annähern indem wir uns darauf konzentrieren, den Verbraucher davor schützen zu müssen Straftäter zu werden?

Dr. Senges:

Es ist immer etwas schwierig in einer solchen Saaldiskussion, dass es zu einem wirklichen Dialog wird. Ich hatte eine Frage mit der Verantwortung bzw. der Verbraucher, der User, der ja Freiheiten hat, kann auch Fehler machen. Mein Kollege aus dem Verbraucherschutz sagt mir immer den schönen Satz: bei uns herrscht das Motto ‚Verbraucher sein darf kein Vollzeitjob sein‘. Aber die ganzen Anwendungen, die wir hier besprechen, die Innovationen, die muss man lernen und verstehen. Ich habe sehr viele Freunde, die Location basierte Service ganz begeistert nutzen. Man muss halt wissen, was man tut. Insofern würde ich von Ihrer Seite, Herr Grove, dazu eine Position hören, wie wir es denn schaffen können, einerseits dies möglich zu machen und andererseits trotzdem den Schutz irgendwie zu garantieren. Sind wir zu paternalistisch? Wann gibt es zu viel Freiheit?

Dr. Riedl:

Ich bin der festen Überzeugung – und das werde ich später auch gerne näher erläutern – das die erste Frage, lauten muss: Was wollen wir eigentlich konkret hier in Deutschland? Was wollen wir in diesem wunderbaren Land? Welcher Rechtsrahmen, welches Schutzniveau und was für ein Regulierungsniveau sollen hier in Deutschland gelten? Wenn man diese Grundfragen für sich beantwortet hat, überlegt man sich als nächstes, wie man diese Forderungen für alle Marktteilnehmer umsetzt. Absurd und utopisch ist jedoch, gar nicht genau zu wissen, was man will und gleichzeitig einzufordern, dass ein komplexes Thema - wie beispielsweise das Datenschutzgesetz - auf europäischer Ebene geregelt werden soll. Ich sage Ihnen das jetzt schon vorab, weil wir mit unseren Kleinunternehmern, den VZ-Netzwerken aus Berlin, auch in Brüssel sehr aktiv unterwegs sind. Das Schutzniveau, wenn wir von Datenschutz reden, wird auf europäischer Ebene sicher niedriger, weil das deutsche eben sehr hoch ist, und wenn mehrere Staaten miteinander reden und einen Konsens finden wollen, muss man sich auf einer niedrigeren Ebene treffen. Anders ist das kaum möglich. Aber schreien wir dann wieder auf und sagen: Skandal! Oder haben wir uns in diesen Fall vorab die Frage gestellt, was für uns ok ist und sagen: das ist in Ordnung, wenn das Datenschutzniveau niedriger ausfällt, Hauptsache es ist einheitlich und für alle Marktteilnehmer, die sich an deutsche Verbraucher richten, durchsetzbar?

Wir müssen uns also zu allererst die Frage stellen, was wir in Deutschland eigentlich wollen und wo wir kompromissbereit sind, denn wir haben in diesem Kontext eine wichtige Position. Deutschland ist das stärkste Wirtschaftsland in Europa. Erst dann können wir überlegen, wie wir unsere Forderungen durchsetzbar und anwendbar gestalten.

Herr Jähn, Martin Jähn & Partner GmbH:

Mein Name ist Martin Jähn. Ich bin im Vorstand der Lisog und als Unternehmensberater in IT Themen unterwegs. Ich habe viele indische Freunde, die sagen würden , a very German discussion tonight'. Was meine ich damit? Inwieweit können wir Freiheit, Kontrolle und Verantwortung in Bezug auf Internetinnovationen kontrollieren? Gibt es lokale Innovationen? Relevante Innovationen, Facebook, Google, Amazon sind global. Können wir Freiheit lokal definieren? Wir haben eine Verantwortung. Ich möchte die Frage noch einmal in die Runde werfen – meine persönliche Meinung ist, dass wir eigentlich nur in einem globalen Kontext Zeichen setzen, zu einer Diskussion beitragen können. Ich sehe durchaus eine Analogie, ob man jetzt über Atom diskutiert.

Dr. Jeanette Hofmann, Wissenschaftszentrum Berlin:

Ich habe drei Jahre in England gelebt, ein Land, in dem Datenschutz faktisch nicht existiert. Selbst wo er formell installiert ist, wird er praktisch die ganze Zeit unterlaufen. Ich muss sagen, dass ich hochgradig dankbar bin, wieder in einem Land zu leben, wo die Mehrheit der Bürger um die eigenen Daten und was mit denen geschieht wirklich besorgt ist und ein Interesse daran hat, hohe Datenschutzkriterien zu haben und sich dafür einsetzt, dass die zumindest auf europäischer Ebene durchgesetzt werden. Ich sehe durchaus Ihr Problem im Hinblick auf die internationale Koordination, wo so aussieht, als hätten deutsche Unternehmen einen Nachteil, wenn sie sich an vergleichsweise hohen Datenschutzstandards orientieren müssen. Aber das bezieht sich hauptsächlich auf die Zusammenarbeit zwischen USA und Europa. Ich möchte gern gegenüber Ihrer Perspektive eine Gegenmeinung formulieren, die sich so auf den Punkt bringen lässt: "Benefitting from constraints". Ich glaube, dass künftige Nutzungen und Anwendungen im Internet darauf angewiesen sein werden, dass Menschen sich darauf verlassen können, dass sie eine gewisse Kontrolle über ihre eigenen Daten haben. Je mehr wir mit Datenlecks zu tun haben, desto weniger werden Menschen bereit sein, sich im Internet zu bewegen und ihre Daten sozusagen freizugeben. Man muss wissen, dass das Internet irgendwann auch wieder vergisst und dass man selber sozusagen Herr oder Frau über seine eigenen Daten ist. Unternehmen, die diese Position teilen, sich zu eigen machen und das als einen Service gegenüber ihren Klienten, ihren Nutzern anbieten, werden langfristig profitieren, auch wenn es kurzfristig so aussieht, als stünden sie schlechter da als Unternehmen aus Nicht-EU Ländern. Insofern glaube ich, dass Sie von dieser Kultur des Datenschutzes in Deutschland profitieren und es nicht so ist, dass Sie darunter leiden. Wenn Ihr Unternehmen zurzeit nicht so glücklich da steht im Vergleich zu Facebook, mag das Gründe haben, die mit dem Datenschutz gar nichts zu tun haben.

Herr Stroschein, german european security association e.V.:

Einige von Ihnen sind sogar Mitglieder bei uns. Wir hatten bis vor kurzem nicht sehr viel mit Internet und Cyber zu tun gehabt. Das kommt jetzt ganz gewaltig, weil wir merken, dass wir in Hardwareproduktion, Sensorentwicklung usw. ohne IT gar nicht mehr weiterkommen. Um unsere zukünftigen Forschungsbedarfe daher bisher klären zu können, gab es ein großes von der Kommission bestelltes Gremium (ESRIF), das beriet, wie das 2. Forschungsprogramm im Bereich Sicherheitsforschung ausgelegt werden soll. Das jetzige (2007-2013) hat ein Budget von 1,4 Milliarden. Es soll aufgestockt werden auf vielleicht sogar zwei Milliarden. Wichtig ist zu bemerken, dass das Forschungsprogramm bei der DG Enterprise angesiedelt ist, somit der Gedanke „Research to Market“ eine wesentliche Rolle spielt.

In diesem Zusammenhang hatten wir in ESRIFF eine Diskussion gehabt, wie wir zukünftig mit dem Thema Sicherheit und Sicherheitsmarkt in Europa umgehen wollen. Da gibt es ganz plötzlich einen Gedanken, der von einem Defence-Unternehmen aus Italien in die Diskussion gebracht worden ist. Es hat sich dann verselbstständigt und nennt sich heute „Das Europäische Sicherheitslabel“. Wir aus deutscher Sicht wissen bis heute nicht genau, was es ist oder sein soll. Die Kommission weiß es beruhigender Weise auch nicht. Es ist jedoch in allen wichtigen Strategie-Papieren enthalten. Das Interessante ist, dass wir Anfang diesen Jahres bei den wichtigen Personen der Kommission nachgefragt haben, welche konkreten Vorstellungen die Kommission zwischenzeitlich zu diesem Label entwickelt hat. Uns hat die Kommission gesagt, dass es u.a. die Vorstellung gäbe, dass dieses europäische Sicherheitslabel eine Garantiezertifikat für Privacy sein könnte, also nicht nur, wie wir vermuteten, ein aus unserer Sicht interessantes Instrument zu einer europäischen Marktentwicklung für zivile Sicherheitsanwendungen. Es folgte aus diesen Gesprächen eine bei uns intern geführte Diskussion, ob dies ggf. ein ganz cleverer Schachzug sein kann, dass man sagt, mit den europäischen Freiheitsrechten verbunden ist die europäische Industrie in der Lage, genau diesen Punkt der Privacy zu einem Konzept der Produktstrategie werden zu lassen.

Wir haben die Diskussion bisher nicht weiter führen können und ich stelle es deswegen in den Raum, dass diese Diskussion weiterzuführen vor dem Hintergrund immer höherer Schutzbedürfnisse der Privacy ggf. interessant sein kann. Die Kommission hat ein industriepolitisches Konzept bis Ende des Jahres zu entwerfen. Dies geht dann 2012 in die Finanzvorschau und ist dann, was förderlich und regulärtechnisch unterwegs sein soll, wiederum dann bis 2020 fixiert. Wenn dieses Thema uns interessieren sollte, kann man es jetzt platzieren.

Dr. Grugel:

Ich leite die Abteilung Verbraucherpolitik im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Die Veranstaltung hier ist in mancherlei Hinsicht eine Herausforderung. Wenn Sie gestatten, möchte ich einige Punkte deutlich machen. Ich glaube, dass eine Diskussion, die sich mit der Frage beschäftigt „Ist Datenschutz ein Hinderungsgrund für Innovation und Entwicklung?“, das ganze Thema in einer Weise verengt, dass niemand wirklich erkennt, wohin sich Entwicklungen bewegen können. Das ist im Übrigen auch nicht die Position, die unser Haus vertritt. Ich finde es spannend, wenn teilweise die Auffassung vertreten wird, wenn ein wissenschaftlicher Beirat für ein Bundesministerium ein Votum abgibt, dann ist das eine Blaupause, in der die Politik über Jahre hinweg betrieben wird. Ich kann Ihnen versichern, dass wir auch mehrere wissenschaftliche Beiräte haben, deren Aussagen ich und meine Kollegen lesen. Wir übernehmen den einen oder anderen Hinweis, machen sie zur Grundlage von Überlegungen. Aber sie sind keine Blaupause. Darüber hinaus geben wir das eine oder andere Gutachten in Auftrag, weil die Welt doch ein bisschen komplexer ist als ein Berichtsergebnis eines Beirats. Ich finde es schwierig, wenn wir uns in der Diskussion über Fachfragen unterhalten, z.B. wie mit Cookies umgegangen wird und wir so tun, als ob Cookies gleich Cookies sind. Ich schätze eigentlich eine Diskussion, die sich sehr präzise auf den Punkt das anschaut, was wirklich passiert. Nicht jeder Cookie überträgt die gleichen Informationen. Wenn es darum geht, was ich von mir preisgebe, muss ich genau hinschauen. Wir haben in der Politik eine richtig ärgerliche Diskussion um die grüne Gentechnik. Warum? Weil die Menschen nicht gelernt haben, im Detail hinzugucken, dass man jeden Einzelfall für sich anschauen muss und das nicht einfach pauschal beurteilen kann. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch hier die Möglichkeiten, die existieren, durch einen

genauen Blick auf die Dinge anschauen und nicht durch Vereinfachung und Zusammenfassung zu einem Ergebnis kommen.

Was ist das Resümee für mich? Für mich ist in dem Beitrag vorhin sehr deutlich geworden, dass Innovationen immer global sind. Es gibt keine Innovationen, die an irgendeinem Standort stattfinden. Sie müssen sich vorstellen, dass dieser Prozess, der jetzt abläuft, ein Prozess ist, bei dem sich gewissermaßen wie in einem Organismus in der Evolution verschiedene Teile zusammenfinden und interagieren. Und der funktioniert nur, wenn sich in einem lebenden Organismus Zellen nach den gleichen Grundprinzipien organisieren können so wie in einem Smart Grid verschiedene Mechanismen ineinandergreifen. Insofern muss man sich die Regulationsmechanismen nach einem Prozess eines selbstorganisierten Organismus vorstellen. Das bedeutet, dass wir natürlich in einem gewissen Umfang eine Standardisierung brauchen, damit die Teile zueinander passen. Wir brauchen in einem gewissen Umfang eine Rechtssetzung. Wer weiß wie in einem Lebewesen etwa eine Zellregulation funktioniert, wenn man natürlich über die Promotorgene schon wissen muss, welche Abläufe angeschoben werden. So ähnlich werden auch hier Prozesse gesteuert. Die Herausforderung besteht darin, dass die Änderung in den Prozessen so schnell ist, dass man im Grunde genommen die Richtung und die Entwicklung, die dann eintritt, einschließlich der Innovation berücksichtigen muss. Deshalb ist es entscheidend, dass man eine Kombination wählt aus Rechtsrahmen, der sicher und weit genug sein muss, um den Menschen den Freiraum zu lassen, den sie brauchen.

Wir leben in einem Land, in dem die Menschen Individuen sind. Das sollen sie bleiben. Wir haben historische Erfahrungen, die wir in diesen Prozess einbringen. Wir wollen auf der anderen Seite aber die Optionen für die Zukunft lassen. Deshalb darf dieser Rechtsrahmen nicht zu eng sein. Eine vernünftige Ergänzung können natürlich Vereinbarungen, Branchenvereinbarungen sein. Im Endeffekt wird es darauf hinauslaufen, dass wir diese Regeln international so aufeinander abstimmen, dass das ineinandergreift, weil der Prozess, der alles überlagert, was die letzten Jahre stattgefunden hat, im Politischen, Diplomatischen, Wirtschaftlichen, die Globalisierung ist. Wir werden keine nationalen Geschäfte, auch nicht im Mittelstand mehr machen, weil die erfolgreichen Mittelständler in Deutschland längst global sind. Das ist überhaupt keine Frage. Vor dem Hintergrund muss man verstehen, was ein Verbraucher ist, wie der funktioniert. Wann lässt sich ein Verbraucher auf Geschäfte ein? In dem Augenblick weiß man, dass der ganz bestimmte Freiheiten braucht. Diese Entscheidung, die der Mensch dann trifft, dass er damit einverstanden ist, dass seine personenbezogenen Daten genutzt werden, ist okay. Das machen vielleicht 60, 70, 80 % und die anderen machen es nicht. Dann brauche ich ein Geschäftsmodell, das genau den Menschen diese Unterscheidungsmöglichkeit lässt.

Das Entscheidende ist, dass der Rechtsrahmen dafür die Voraussetzungen schafft und dass im Grunde genommen der Wille des Einzelnen dies ermöglicht. Am Schluss müssen wir etwas erhalten, was wir haben. Wir leben in einem Land, in dem Individualität Voraussetzung ist für die Kreativität der Menschen. Wenn wir diese Individualität in Frage stellen und unsere Kultur damit letztlich schwächen, werden wir im internationalen Wettbewerb nicht wirklich mithalten können, weil Innovation nur aus dem Unterschied des einzelnen, aus diesen Möglichkeiten, sein Leben zu gestalten, entsteht. Das ist der entscheidende Punkt, den wir bei einem Einstieg in die Internetgesellschaft, im Internet der Dienste, im Internet der Dinge und in der kollektiven Nutzung von Informationen brauchen. Ich glaube, wir haben große Chancen, aber eben nur in der Kombination begrenzte Rechtsetzung auf klare Normen, eine technische Normensetzung, da wo wir sie brauchen. Darüber hinaus Branchenvereinbarungen und dann sehr sorgfältig Geschäftsmodelle daraufhin abstimmen, welche Kultur in welchem

Land herrscht. Das wird noch sehr lange sehr unterschiedlich sein. Das war für mich das Resümee aus dem, was ich heute gelernt habe und vielleicht auch der eine oder andere Hinweis, den Sie vielleicht nutzen können.

Prof. Krcmar:

Herzlichen Dank für dieses ausführliche Statement. Ich bin jetzt sehr zufrieden, dass wir die Diskussion mit der Bezeichnung „Innovationsrahmen“ überschrieben haben und nicht nur Rechts- oder Normenrahmen und damit die Frage stellen wollten, welche Rahmenbedingungen für solche Innovationen förderlich sind und welche Rahmenbedingungen hinderlich wären.

Dr. Terzidis:

Zum einen vielleicht direkt als Reaktion; natürlich ist mir klar, dass ein wissenschaftlicher Beirat noch keine Blaupause ist, genauso wenig wie die International Energy Agency ein Prophet ist und sagen kann, was in 2050 passieren wird. Das einzige, worauf ich abheben wollte, ist, dass ein Zeitgeist da ist - und das kann man durch solche Dinge durchaus belegen, der darauf hinweist, dass eine große Veränderung kommt. Ab da bin ich völlig bei Ihnen. Man muss dann sehr differenziert, sehr gezielt, sehr genau schauen, wie das ablaufen kann. Da würde ich der Richtung zustimmen, die Sie sagen. Wenn es Geschäftsmodelle gibt, mit denen ich entweder die Daten eines Smart Meters ad hoc auslese oder sogar einem Dienstleister Eingriff in meine Speichertechnik, in meine Wärmepumpe oder in meine Kraftwärmekopplungsanlage erlaube, dann müssen eine ganze Reihe von Sachen geklärt werden. Obwohl ich das Beispiel nicht für so glücklich halte, gehen manche Leute so weit zu sagen, ein Dienstleister greift in den Ablauf meiner Waschmaschine ein. Solche Dinge gehen natürlich nur mit einem ganz bewussten Opt-in. Dann muss ich das mit dem Dienstleister abgemacht haben. Und das sind 20, 30, 40, 60 % der Bevölkerung, und man muss den Leuten, die keine Lust haben da mitzumachen, auch die Freiheit lassen, zu sagen, dass sie nicht mitmachen wollen. Und das braucht man auch nicht, um ein Smart Grid wirksam zu machen.

Dr. Klumpp:

Ich arbeite für eine Wissenschaftsstiftung, die den Innovationsrahmen.de tatsächlich fördernd anstrebt, genau wie den Privatheitsschutz.de. Ich wollte auf den kleinen konkreten Punkt zwischen Jeanette Hofmann und Henrik Tesch eingehen. Es geht um das Thema Smart Metering. Da war eine Befindlichkeit von Jeanette Hofmann, die sagte ‚ich fühl mich einfach wohl, wenn nicht unnötig Daten abgefragt werden‘. Henrik Tesch hat ebenso wohlbefindlich gesagt: Was ist schon dabei, wenn man feststellt, dass meine Waschmaschine läuft oder meine elektrische Zahnputzmaschine in Gang gesetzt wird?‘.

Fakt ist, dass es zwischen Juristen und Technikern nur Folgendes simultan zu übersetzen gilt: Das Bundesverfassungsgericht oder ein anderes höheres Gericht wird in wenigen Jahren sagen, dass prinzipiell nicht gewollt wird, dass aus der Unverletzlichkeit der Wohnung heraus ein personenbezogenes Profil entsteht. Mehr nicht, nur eben kein „personenbezogenes“ Profil. Die Meinung heute, dass man dann eben kein Smart Metering machen kann, weil man genau wie vorher mit den Location Based Services ohne irgendwelche Datensammlungen nichts machen kann, ist Unsinn. Die Frage ist vielmehr, wie man diese unnötigerweise personenbezogenen Daten tatsächlich trennen kann. Wenn es um die Daten der Waschmaschine und sonstigen Haushaltsgeräten geht, lassen die sich leicht von den Personendaten trennen. Ich habe es gerade ausprobiert, einen Espresso bestellt und der Kellner hat weitergegeben, „ein Espresso für Tisch fünf“, er hat nicht einmal nachgeprüft, wer ich bin, dabei trage ich Namensschild am Revers und Ausweis in der Tasche. Es wurden die

Personendaten einfach von den sachbezogenen Daten getrennt – und hier steht mein Espresso. Es gibt viele Möglichkeiten, diese Datenarten zu trennen.

Ein genereller Punkt gefällt mir an der Diskussion nicht. Berthold Leibinger, der langjährige Trumpf-Chef, hat immer erzählt, dass er im Ausland hört: „Ihr Deutschen habt so gute Maschinen, teurer als andere, aber es sind eben die besten. So etwas bringen wir nicht hin“. Worauf er antwortet, dass diese teure Qualität eben zum Exporterfolg gehört. Ich möchte mal hier in Deutschland jemanden hören, der sagt: „Wir exportieren eine nachhaltige Architektur für IT-Systeme. Das sind die besten, die zuverlässigsten und die teuersten, genau die exportieren wir“. Hier herrscht jedoch im Grunde genommen eine deutsche Kleinmütigkeit nach dem Motto „wir sind die Schuldigsten. wir sind die Strengsten, die Teuersten. Das ist mein Punkt zu dieser Art Diskussion: Nein, wir sind die Besten, und wir könnten es zeigen und in der Welt eine Vorreiterrolle spielen!

Frau Sylla, Presse:

Ich bin in der Liste unter MedienModul Presse enthalten. Ich habe eine Frage zum Thema „Atomkraft – nein danke“ und da ist mir eingefallen, dass Bürgerinitiativen gern auf die Barrikaden gehen, weil unter oder über der Erde etwas gebaut werden soll, was z.B. Atomkernkraft ersetzen sollte. Da wollte ich fragen, ob ich das richtig verstanden habe, dass man mit diesen Beispielen, diesen Smart Grids, Smart Energie, diesen Initiativen sozusagen Argumente entgegenhalten kann. Dass das etwas auffängt, was wir in den Bereich des Zeitalters der neuen Energien nutzen können?

Dr. Terzidis:

Also, auf Englisch würde man sagen: Smart Grid is not the Silver Bullet. Es macht nicht alles, es ist kein Allheilmittel. Es gibt verschiedene Komponenten, die Sie neu machen müssen in dem ganzen System. Smart Grid wird eine prominente Rolle spielen. Ein Smart Grid kann einen Netzausbau optimieren, einen Speicherzubau besser einsetzen. Aber Sie können die physikalische Ebene nicht völlig weglassen. Man wird beides machen müssen.

Prof. Krcmar:

Herzlichen Dank. Wie ich sehe, gibt es keine Fragen mehr. Das kann damit zusammenhängen, dass alles erschöpfend diskutiert wurde, was ich nicht als Vermutung äußern will. Es kann aber auch mit dem zeitlichen Ablauf zusammenhängen. Deswegen bedanke ich mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit, bei allen Rednern für die verschiedensten Aspekte, die sie in die Diskussion eingebracht haben und nun zu der Zusammenfassung ansetzen.

Wir haben gesehen, dass sich die Überlegungen rund um Constraint, also wie gehe ich mit Begrenzungen um, als ein grundlegendes Thema durch die gesamte Diskussion gezogen hat. Ich könnte auch sagen, dass Innovation zwar Freiheit braucht, aber möglicherweise besser vorankommt, wenn sie sich an konkreten Behinderungen reibt– Herr Klumpp sprach von schönen Constraints, Frau Hofmann von Benefitting von Constraints. Das sind genau die Herausforderungen, die es zu lösen gilt. Das setzt natürlich voraus, dass man zum einen diese vormals Behinderung genannte Thematik nunmehr als Chance betrachtet und zum anderen, dass man das nicht als einen Reparaturbetrieb macht, sondern dies von vornherein – die Maschinenbauer würden sagen, Design for X umsetzt. Dies bedeutet Design for Privacy, Design for informationelle Selbstbestimmung - als Aufgabe zu begreifen. Da hatten wir ja ein erfolgreiches Beispiel, über das unser Start-up berichtet hat. Genau diese Eigenschaft, das vorab bedacht und mit berücksichtigt zu haben, hat das Unternehmen wertvoller gemacht als die ledigliche Weitergabe von Koordinaten, wo sich das Gerät befindet.

Das sind die Herausforderungen, von denen wir viele weitere gesehen haben. Wir haben auch gesehen, dass auch die Experten in den Multi-Stakeholder Prozessen nicht in allen Feinheiten übereinstimmen und dass wir da in der weiteren Entwicklung noch eine Menge auszuhalten haben, weil wir das dann nicht mehr so ganz klar steuern können, weil eben verschiedenste Interessen zusammenkommen.

Ich hoffe, dass Sie hinreichend viele Anregungen mitnehmen konnten. Auch, dass Sie alle Lösungen, die Sie schon einmal mit sich herumgetragen haben, vor diesem Hintergrund noch einmal spiegeln konnten.

7 Zusammenfassung

Prof. Dr. Arnold Picot, Ludwig-Maximilians-Universität München und Münchner Kreis

Ich werde jetzt nicht die Zusammenfassung der Zusammenfassungen versuchen, sondern mich noch einmal bei allen, die heute hier waren, bedanken. Ich glaube, es ist auf Basis der sehr guten Fachvorträge eine zum Nachdenken anregende Diskussion zustande gekommen mit sehr interessanten Statements aus dem Kreis der Anwesenden. Bei dem relativ offenen Thema kann man nicht mit ganz konkreten Handreichungen nach Hause gehen, aber doch mit hoffentlich angereichertem Gedankengut.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie nun noch zu einem kleinen Ausklang einladen, bei dem wir in kleineren Gruppen ergänzend diskutieren und uns weiter austauschen können. Zugleich möchte ich auf weitere Veranstaltungen des Münchner Kreises hinweisen. Wir werden am 11. Mai 2011 zum New TV, also zu neuen Formen und Entwicklungen im Fernsbereich, eine Veranstaltung in München beim Bayerischen Rundfunk haben. Und zu einigen Fragen (v.a. Sicherheits- und Schutzaspekte) von Smart Metering und Smart Grids werden wir am 29. September 2011 ein Berliner Gespräch veranstalten. Die entsprechenden Informationen hierzu werden noch rechtzeitig versandt.

Alles Gute und Auf Wiedersehen!

Anhang

Liste der Referenten und Moderatoren

Prof. Dr.-Ing. Jörg Eberspächer
Technische Universität München
Lehrstuhl für Kommunikationsnetze
Arcisstr. 21
80333 München

Dr. Jeanette Hofmann
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung (WZB)
Reichpietschufer 50
10785 Berlin

Prof. Dr. Helmut Krcmar
Technische Universität München
Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik
Boltzmannstr. 3
85748 Garching

Markus Kummer
Internet Society
Vice President Public Policy
Galerie Jean-Malbuisson 15
CH-1204 Geneva

Johannes Martens
Director Product Management
Motorola Mobility
33 Camp St.
USA-San Francisco, CA 94110

Hans-Joachim Otto, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
BMW
Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

Prof. Dr. Dres. h.c. Arnold Picot
Ludwig-Maximilians-Universität
Institut für Information, Organisation
und Management
Ludwigstr. 28
80539 München

Dr. Clemens Riedl
CEO
VZnet Netzwerke Ltd.
Saarbrücker Str. 38
10405 Berlin

Dr. Max Senges
Google Policy Team
Unter den Linden 21
10117 Berlin

Dr. Orestis Terzidis
SAP Research
Director CEC Karlsruhe
Vincenz-Preißnitz-Str. 1
76131 Karlsruhe

Henrik Tesch
Director Citizenship Corporate Affairs
Microsoft Deutschland GmbH
Katharina-Heinroth-Ufer 1
10787 Berlin

Dirk Wittkopp
Geschäftsführer
IBM Deutschland Research &
Development GmbH
Schönaicher Str. 220
71032 Böblingen